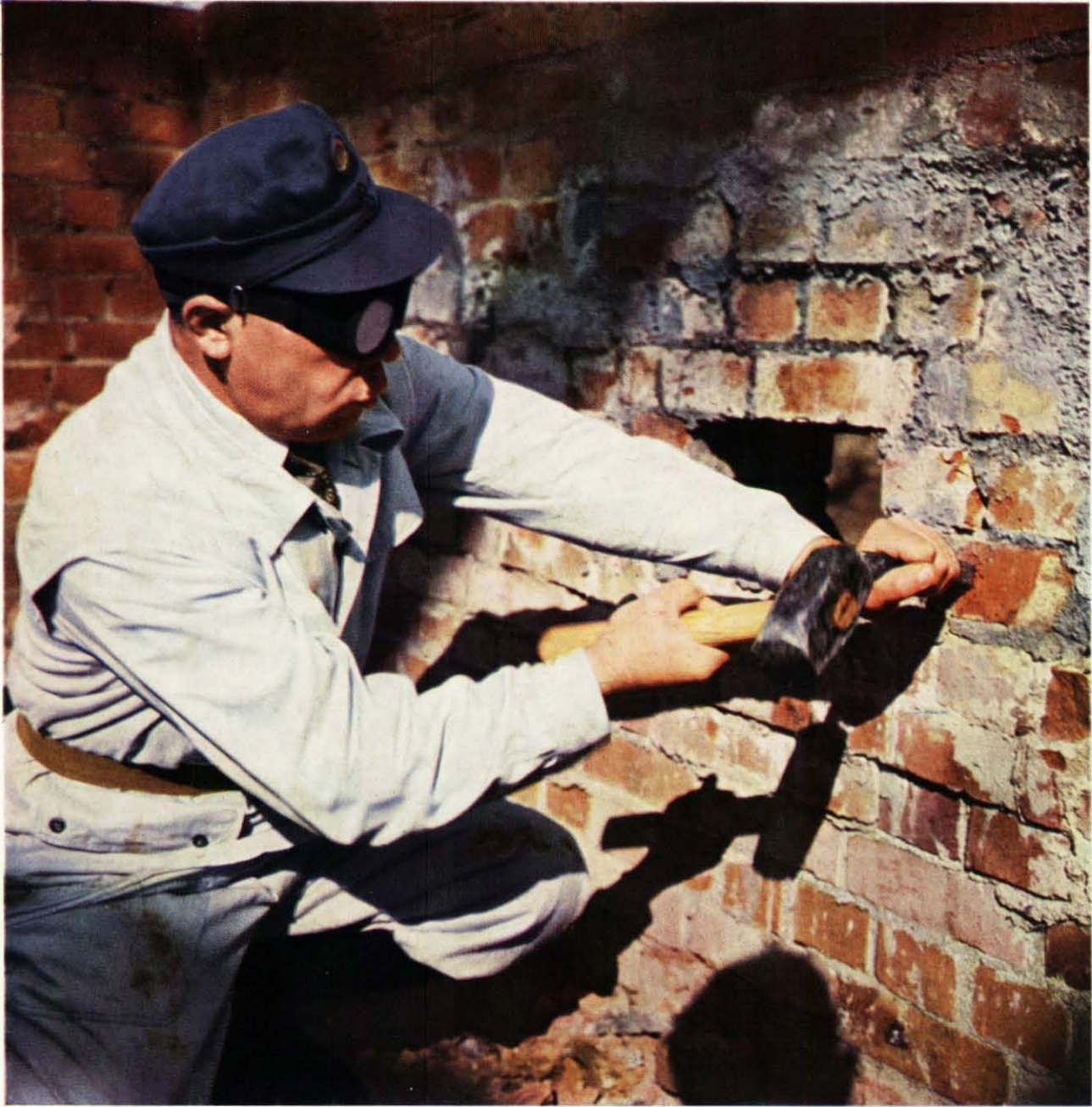


ZIVILER BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

ZB

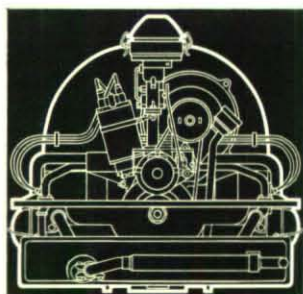
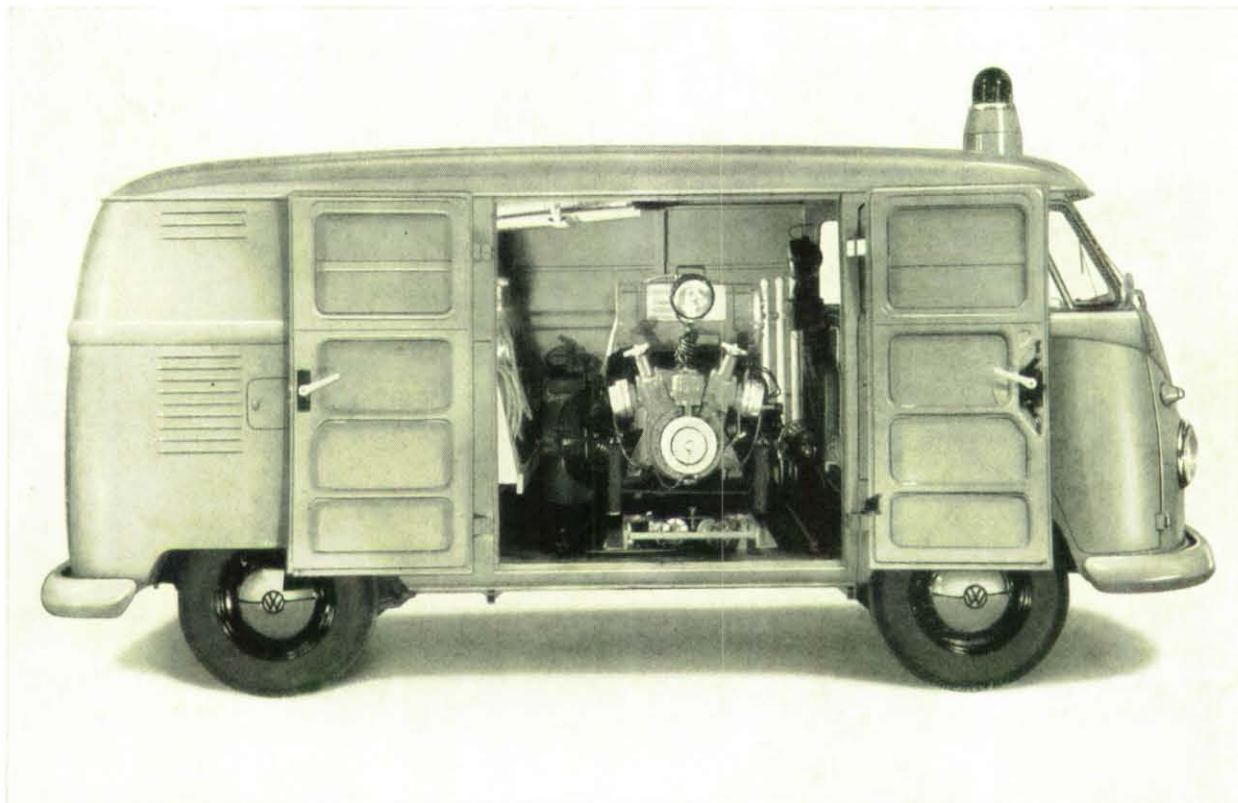
- 5. NOV. 1962



Während der Fachlehrgänge für Rettung, die in den Schulen des Bundesluftschutzverbandes abgehalten werden, lernen die Teilnehmer auch die fachgerechte Ausführung von Mauer- und Deckendurchbrüchen.

- **Wirtschaft und Zivilverteidigung**
- **Meßgeräte für den Strahlenschutz**
- **Mit Motorsäge und Bohrhammer**
- **Ohne Schutzraum geht es nicht**

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern
vom Bundesluftschutzverband
Nr. 10 · Okt. 1962 · 7. Jahrgang
Preis des Einzelheftes DM 1,50



Scheibe einschlagen – Knopf drücken

Nicht immer ist ein Großbrand zu bekämpfen, wenn der Feuermelder ruft. Über 70 Prozent aller Einsätze sind viel undramatischer: Bekämpfung kleiner Brände, schnelle Hilfe bei ganz alltäglichen Nöten und Pannen.

Natürlich kann die Feuerwehr auf ihre großen Löschfahrzeuge nicht verzichten.

Darüber hinaus braucht sie aber flinke, wendige, leistungsfähige Einsatzwagen, mit denen sie schnell und tatkräftig helfen kann.

Mit einem Wort: sie braucht das VW-Feuerlöschfahrzeug TSF (T)!

Die Konstruktion des VW-Transporters ist wie geschaffen für die feuerwehrtechnische Grundausrüstung nach DIN 14 530. Die hohe Bodenfreiheit, die Einzelradaufhängung, die Torsionsstabfederung, der starke, langlebige luftgekühlte VW-Motor (auch für die Tragkraftspritzen TS 8/8), die Startautomatik sind die Vorzüge dieses Einsatzwagens. Tragbare Feuerlöschgeräte, ausgerüstet mit dem universellen VW-Industrie-Motor, sind jederzeit einsatzbereit für schnellen und wirksamen Brand- und Katastrophenschutz. Der VW-Industrie-Motor ist wie der Volkswagen-Motor wirtschaftlich, anspruchslos und bequem in Wartung und Pflege.

Alles in allem: das VW-Feuerlöschfahrzeug ist ein Wagen nach Maß; goldrichtig für die Feuerwehr.



INHALT

Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker zum zivilen Bevölkerungsschutz: Hat jeder eine Chance?

1

Wirtschaft und Zivilverteidigung • „Es gibt nur die Sicherheit, die man sich selbst schafft“ • Der Bundesminister des Innern vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag

4

Objektive Norweger • Ein Erfahrungsaustausch mit dem Informationschef der norwegischen Zivilverteidigung

10

Im Deutschen Fernsehen: „Überleben im Atomkrieg?“

11

Meßgeräte für den individuellen Strahlenschutz

16

Mit Motorsäge und Bohrhammer • 130 LSHD-Helfer üben wirklichkeitsnah

20

Stadt im Stahlgewitter (4. Teil)

24

Ohne Schutzraum geht es nicht • Delegation der Eidgenossen zu Gast beim BLSV

27

Landesstellen des BLSV berichten

30

ZB im Bild

III

Herausgeber: Bundesluftschutzverband, Köln

Chefredakteur: Fried. Walter Dinger, Redakteure: Heinrich Deurer, Helmut Freutel, alle in Köln, Merlostraße 10-14, Tel. 7 01 31. Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung: Münchner Buchgewerbehäus GmbH, München 13, Schellingstraße 39-41, Tel. 22 13 61. Für den Anzeigentell verantwortlich: O. Lederer. Z. Z. gilt Anzeigenpreisliste 3/D. Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Bei Einsendungen Rückporto beifügen. Für unverlangte Beiträge keine Gewähr. — Photomechanische Vervielfältigungen für den innerbetrieblichen Gebrauch nach Maßgabe des Rahmenabkommens zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie gestattet. Als Gebühr ist für jedes Blatt eine Wertmarke von DM —.10 zu verwenden. — Diese Zeitschrift erscheint monatlich. Einzelpreis je Heft DM 1.50 zuzüglich Porto (Österreich: öS 10.—, Schweiz: Fr. 1.80, Italien: L 250). Abonnement: vierteljährlich DM 4.50 zuzüglich DM 0.09 Zustellgebühr. Bestellungen bei jedem Postamt oder beim Verlag.

Bekanntmachung gemäß § 8, Ziff. 3 des Gesetzes über die Presse vom 3. Oktober 1949: Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse der Münchner Buchgewerbehäus GmbH: Otto Georg Königer, Verleger, München, 50%, Else Peitz, Kaufmannsgattin, München, 9,375%, Elisabeth Metzler, Ehefrau, St. Quirin, 9,375%, Charlotte Cloppenburg, Kaufmannsgattin, Ennepetal-Milspe, 6,25%, Christine Müller, München, 6,25%, Helmut Müller, Pilot, München, 6,25%, Oskar Müller, Prokurist, München, 6,25%, Adolf Müller, Ingenieur, München, 6,25%.

Acht namhafte evangelische Persönlichkeiten verfaßten vor einiger Zeit eine Denkschrift, in der sie sich auch mit Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes beschäftigten. Diesen Teil der Denkschrift — sie ist unter dem Namen „Tübinger Memorandum“ bekannt geworden — erläuterte einer der Unterzeichner, der weltbekannte Physiker und Philosoph Professor Dr. Carl Friedrich Frhr. von Weizsäcker, in einem ganzseitigen Beitrag für die Zeitschrift DIE ZEIT. Wenn diese Ausführungen auch nicht in allen Punkten mit den Ansichten, die vom BLSV vertreten werden, übereinstimmen, so halten wir sie doch für so beachtenswert und so wichtig, daß wir sie — mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und der ZEIT-Redaktion — der Fachwelt zur Diskussion stellen möchten.

Carl Friedrich von Weizsäcker zum zivilen Bevölkerungsschutz:

Hat jeder ? eine Chance

Erläuterungen zum Tübinger Memorandum der Acht

Wenn ein Volk den dreißigjährigen Krieg von 1914 bis 1945 hinter sich hat, so sind nachher 15 Jahre Schlaf der öffentlichen Meinung vielleicht verzeihlich. Es könnte ein Heilschlaf gewesen sein, zumal wenn in diese Zeit die bewundernswerte Leistung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus fällt. Wer aber heute in der Welt herumkommt, der weiß, wie provinziell die Denkweise in der Bundesrepublik durch diesen Schlaf geblieben ist. Wenn aber das Überleben von der Wachheit abhängt, wäre es dann nicht ratsam, aufzuwachen? Wenn man so denkt und wenn man meint, zur Wachheit gehöre es, daß unsere Politiker ohne Angst vor Wahlverlusten wagen dürfen, das Notwendige zu sagen und zu tun — nun, dann nimmt man es sich unter Umständen heraus, ein Memorandum für Bundestagsabgeordnete zu schreiben.

Unser „Memorandum der Acht“ empfiehlt als dritten von fünf Punkten richtig begrenzte, aber energische Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz.

Diese Empfehlung hat in den Erwidern nirgends Kritik und vielfach Zustimmung gefunden. Die SPD hat die Unterzeichner sogar mit Recht darauf hingewiesen, daß sie selbst solche Maßnahmen seit Jahren gefordert habe. Trotz dieser scheinbaren Übereinstimmung der Ansichten scheint es mir richtig, gerade dieses Thema als erstes ausführlicher zu erörtern. Vielleicht hat man uns nur deshalb so mühelos zugestimmt, weil wir uns zu knapp und insofern undeutlich ausgedrückt haben. Der Bevölkerungsschutz beginnt gerade jetzt „in Mode zu kommen“. Wir laufen aber Gefahr, bei seiner Durchführung in schlimmerer Weise den Fehler zu wiederholen, der bisher an seiner Vernachlässigung schuld war. Ich werde daher den Hauptteil dieses Aufsatzes einer vorläufigen Analyse dessen widmen, was im Bevölkerungsschutz möglich und nötig ist, also einer Erläuterung der Worte des Memorandums: „richtig begrenzt“. Am Ende folgen dann einige praktische Vorschläge für den jetzigen Augenblick.

Das Für und Wider

Für den Bevölkerungsschutz und gegen ihn lassen sich jeweils zwei verschiedene Gründe anführen.

Pro: Man kann für den Bevölkerungsschutz eintreten,

1. weil man es als ein schlichtes Gebot der Menschlichkeit ansieht, Menschen vor drohenden Gefahren zu schützen,
2. weil man das militärische Potential des eigenen Landes steigern will.

Contra: Man kann gegen den Bevölkerungsschutz eintreten,

1. weil man ihn für nutzlos oder undurchführbar hält,
2. weil man schädliche Wirkungen von ihm erwartet.

Das Memorandum hat grundsätzlich für den Bevölkerungsschutz gesprochen. Es hat sich dabei nur auf den ersten Grund, das Gebot der Menschlichkeit, berufen. Durch diese Argumentation wollte es ihn aus jeder möglichen rüstungspolitischen Kontroverse herausheben. Im heutigen Aufsatz muß ich aber auch auf den militärischen Wert von Schutzmaßnahmen kurz eingehen.

Die Argumente gegen den Bevölkerungsschutz hat das Memorandum jedoch berücksichtigt durch die Worte „richtig begrenzt“ und durch die Hervorhebung bestimmter Arten von Schutzmaßnahmen. Es nennt Vorbereitung der Bevölkerung auf den Ernstfall, und es schweigt vom Bunkerbau. Heute, ein halbes Jahr nach der Abfassung des Memorandums, finde ich, daß wir damals zu vorsichtig und daher zu undeutlich formuliert haben. Diese Unklarheit versuche ich heute zu beheben. Die beiden möglichen Gründe gegen gewisse Schutzmaßnahmen hängen ja miteinander zusammen. Nutzlose Maßnahmen sind nicht nur nutzlos, sondern positiv schädlich, vor allem, da sie die Illusionen (den „Schlaf“) nicht zerstreuen, sondern befestigen.

Gibt es eine Kriegsgefahr, gegen die wir uns schützen können?

Der sicherste Schutz gegen Kriegsgefahren ist die Vermeidung des Krieges. Ich diskutiere hier nicht mit den Leuten, die meinen, die allgemein bekannte selbstmörderische Wirkung der heutigen Waffen genüge, um den Ausbruch eines Kriegs zu verhindern. Wenn diese Leute recht hätten, wäre natürlich jede Bevölkerungsschutzmaßnahme überflüssig. Ich bin ohne Zweifel im Einklang mit den führenden Staatsmännern der westlichen und der östlichen Welt, wenn ich dieses Maß an Zuversicht für falsch halte. Der Krieg ist heute *weniger wahrscheinlich* als vor der Erfindung der Wasserstoffbombe, aber er ist *nicht unmöglich*. Ihn ausdrücklich oder stillschweigend für unmöglich zu halten, ist ein Teil des begreiflichen Verdrängungsvorganges, den ich soeben als Schlaf bezeichnet habe.

Ernster zu nehmen ist eine andere Ansicht. Nach ihr ist Vermeidung des Krie-

ges heute nicht nur der sicherste, sondern der einzige Schutz gegen Kriegsgefahren: „Wenn es losgeht, sind wir doch alle tot.“ Auch wenn diese Ansicht richtig ist, sind Schutzmaßnahmen überflüssig, weil vergeblich. Ich glaube, niemand kann heute beweisen, daß diese Ansicht (speziell für das kleine, dicht bevölkerte Gebiet der Bundesrepublik) mit Sicherheit falsch ist. Aber ich glaube auch, niemand kann beweisen, daß sie mit Sicherheit richtig ist. Erstens kann man nicht mit Sicherheit wissen, wie die vorhandenen Waffen im Ernstfall eingesetzt würden, ob ein begonnener Kampf durchgefochten oder abgebrochen würde, zweitens ändert sich die Waffentechnik heutzutage alle fünf bis zehn Jahre grundlegend.

Diese Ungewißheit ist nach meiner Meinung der einzige Grund dafür, daß Bevölkerungsschutz-Vorbereitungen nicht sinnlos sind. Wir können nicht wissen, ob nicht eben eine solche Kriegshandlung stattfinden wird, in der richtige Vorbereitungen Millionen von Menschen das Leben retten und anderen schwere Leiden lindern oder ersparen könnten. Aus diesem Grund habe ich die Lethargie, die gerade in der Bundesrepublik (anders als in manchen unserer kleineren Nachbarstaaten) im letzten Jahrzehnt in dieser Frage geherrscht hat, seit langem für gefährlich gehalten.

Die Bundesregierung hat bisher gemeint, die in den zuständigen Ministerien vorbereiteten Pläne nicht mit Nachdruck durchführen zu sollen; ohne Zweifel, weil dies in der Bevölkerung die Besorgnis, es könne in unserem Lande zu einem Krieg kommen, belebt und damit Widerstand gegen die von der Regierung für notwendig gehaltene Rüstungspolitik wachgerufen hätte. Diese Phase geht heute zu Ende. Heute wird der Bevölkerungsschutz von allen Seiten gefordert; aber nun entstehen zwei neue Gefahren: die Gefahr der Verharmlosung und die Gefahr falscher, weil nutzloser Schutzprogramme.

Die Gefahr der Verharmlosung

Der erste aktive Schritt in die Breite war eine unlängst an alle Haushaltungen verteilte Postwurfsendung des Bundesamts für zivilen Bevölkerungsschutz mit dem Titel „Jeder hat eine Chance“. Es liegt mir fern, die psychologischen Widerstände zu unterschätzen, mit denen gerade in Deutschland, nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, jeder Versuch rechnen muß, die Menschen von neuem an Luftschutz denken zu lassen.

Ich verstehe die Schwierigkeit, in der sich die Verfasser und Verteiler dieser Schrift befanden. Trotzdem möchte ich die Hoffnung aussprechen, daß künftige Äußerungen offizieller Stellen unserer Bevölkerung die Ehre antun werden,

ihrem Urteil mehr zuzutrauen und sie in höherem Maß mit der bitteren Wahrheit bekannt zu machen, als es hier geschehen ist. Die analoge, ebenfalls unlängst ausgegebene amerikanische Druckschrift „Fall out Protection. What to know and do about nuclear attack“ — Schutz gegen radioaktiven Niederschlag. Was muß man wissen, was kann man tun beim atomaren Angriff — (Department of Defense, Office of Civil Defense, Washington D. C.) könnte zum Vorbild dienen, obgleich selbst diese noch von urteilsfähigen Kritikern als zu optimistisch angesehen wird.

Die Schrift „Jeder hat eine Chance“ enthält zwar auf ihren letzten Seiten eine Reihe sehr vernünftiger, beherzigenswerter Hinweise für die Vorbereitung und für das Verhalten im Ernstfall. Sie beginnt jedoch mit einer Darstellung davon, wie es 1945 zwei Japanern erglückt ist, die beiden Atomangriffe auf Hiroshima und Nagasaki durch richtiges Verhalten zu überleben, und sie erweckt den Eindruck, dies sei die Art von Gefahren, die uns heute erwarten; der Leser muß den Eindruck gewinnen, jeder habe die Chance, durch richtiges Verhalten einen Atombombenangriff zu überleben. Richtiger wäre es, zu sagen: Jeder hat die Chance, der sich nicht in dem Hunderte von Quadratkilometern großen Wirkungsbereich einer modernen Wasserstoffbombe, in dem es kaum eine Rettung gibt, befindet. Wenn er am Rande dieses Wirkungsbereichs oder in hinreichendem Abstand von einer kleineren Bombe ist, dann allerdings hat er die Chance, daß richtiges Verhalten und richtige Vorbereitung ihn retten.

Die amerikanische Schrift läßt hierüber keinen Zweifel. Sie beginnt mit einer seitenlangen Schilderung der totalen, durch keinen Bunker aufzuhaltenden Zerstörung im Bereich der unmittelbaren Bombenwirkung und beschränkt sich auf Schutzmaßnahmen für diejenigen, die die Bombe nicht unmittelbar erreicht hat, vor allem auf Schutz gegen den nachträglich ausregnenden radioaktiven Niederschlag (*fall-out*).

Ich möchte die verantwortlichen Instanzen in der Bundesrepublik bitten, gerade der Gefahr der *Verharmlosung* besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ich sage das nicht aus Wahrheitsfanatismus; mir ist bewußt, daß wir Menschen gewisse Wahrheiten im Durchschnitt nicht ertragen und daß der Politiker wie der Erzieher und der Arzt oft vor dem Dilemma steht, was er sagen darf und was nicht. Im vorliegenden Fall ist zu erwägen, was durch Verharmlosung und was durch Aufrichtigkeit erreicht wird.

Eine verharmlosende Unterrichtung unserer jungen Männer in der Bundeswehr und der ganzen Bevölkerung durch eine umfassende Luftschutzorganisation könnte dann vielleicht einen

Sinn haben, wenn wir uns in Bundeswehr und Luftschutz gar nicht wirklich auf den Ernstfall vorbereiten, sondern beide nur zu einem großen Bluff verwenden wollen. Man kann die Drohung mit unserer Kriegsbereitschaft sicher leichter als Mittel unserer Politik einsetzen, wenn Truppe und Bevölkerung gutgläubig zum Krieg bereit sind, weil sie nicht wissen, was der Ernstfall für sie bedeuten würde. Gerade für einen dynamischen Politiker, der den selbstmörderischen Charakter des heutigen Krieges kennt und der daher den Krieg nicht will, der aber zugleich alle Politik in Kategorien von Druck und Gegendruck beurteilt, gerade für einen solchen Politiker liegt es heute nahe, Rüstung und Bevölkerungsschutz als Mittel eines Bluffs zu betreiben.

Ich bin diesem Gedankengang nachgegangen, nicht um ihn zu rechtfertigen, sondern um auf ihn aufmerksam zu machen, denn er liegt vielleicht versteckt im Gemüt eines jeden von uns, und wir scheuen uns nur, uns zu ihm zu bekennen. Wenn wir ihn klar vor uns sehen, werden wir erkennen, wie gefährlich er ist. *The bluff may be called*, wie man auf englisch im Pokerspiel sagt. Der Gegner ist nicht töricht genug, Bluff nicht als Bluff zu erkennen. Wir werden entweder einem Gegenbluff weichen oder den Ernstfall riskieren müssen, und wehe uns, wenn wir dann als unvorbereitet erkannt werden.

Ich glaube, man kann in der Zeit der Wasserstoffbombe weder eine zuverlässige Wehrmacht aufbauen noch ein gesundes Staatswesen bewahren, wenn man die Menschen über die extreme Möglichkeit der Vernichtung täuscht. Man hofft, durch solche Täuschung nervöse Kurzschlußreaktionen zu vermeiden, aber man beraubt sich der Mitarbeit, die nur wissende Menschen leisten können.

Gefahr nutzloser Schutzprogramme

Die Ungewißheit, ob es zu derartigen Kriegshandlungen kommt, gegen die kein Schutz mehr möglich ist, rechtfertigt, wie ich oben sagte, ein Schutzprogramm. Eben diese Ungewißheit muß daher auch in jedem vernünftigen Schutzprogramm einkalkuliert sein. Ein Grund der Ungewißheit ist die ständige Weiterentwicklung der Waffentechnik. Daher wäre es sinnlos, sich im Stil der *Maginotlinie* für viele Jahre auf ein starres Programm festzulegen, das unsere Volkswirtschaft aufs schwerste belasten würde und uns vielleicht am Ende verarmt und betört in einer surrealistischen Landschaft nutzloser Bunkerbauten zurückließ.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat ebendiese Frage im letzten Jahr einen Wirbel in der öffentlichen Meinung hervorgerufen. Wir können aus der amerikanischen Debatte viel lernen.

Einer der Hauptbefürworter eines großen Schutzprogramms ist seit Jahren *Edward Teller*, der bedeutende Physiker, dessen Name der Öffentlichkeit vor allem im Zusammenhang mit der Wasserstoffbombe bekanntgeworden ist. Teller argumentiert wie folgt: Die technische Entwicklung führt dahin, daß jede der beiden großen Atomkräfte über dem Gebiet der anderen eine Menge atomarer Sprengkörper entzünden kann, die durch Druck, Feuersturm und Radioaktivität den größten Teil der Bevölkerung töten, die Industrie zerstören und die Ernten vernichten würden. Das einzige, was nicht wirklich getroffen werden kann, ist die von Raketen getragene Macht zum atomaren Gegenanschlag, die einbetoniert in Felsen oder getragen von getauchten U-Booten unerreichbar bleibt. Dadurch paralysieren die großen Schlagkräfte einander; die Drohung mit Mord und Selbstmord ist nur in extremen Situationen glaubwürdig.

Das gibt, so folgert Teller, einer russischen Politik kleiner Übergriffe (Salami-Taktik) freie Hand. Hiergegen gibt es zwar verschiedene Gegenmittel, wie beispielsweise die abgestufte Abschreckung, die Teller seit langem befürwortet (und die von der heutigen Linie der amerikanischen Rüstungspolitik vor allem auf konventionelle Waffen gegründet wird). Die Situation würde aber völlig verändert, wenn Amerika einen hinreichenden Teil seiner Bevölkerung mit allen notwendigen Vorräten in Bunkern schützen könnte, um in zwei Jahren seine Industrie wieder aufzubauen und nach zweijähriger Ernährung aus Konserven neue Ernten auszusäen. Dann brauchte Amerika den Gegenschlag nicht zu fürchten; seine militärischen Drohungen würden wieder glaubwürdig, und ebendarum brauchte es nie wirklich zum großen Krieg zu schreiten.

Dies ist das Modell einer Argumentation für Bevölkerungsschutz, um das militärische Potential zu steigern. Wie vieles, was Teller vorgeschlagen hat, hat es den Vorteil, ein Problem als Denkaufgabe klar vor uns zu stellen. Ich glaube, daß das Ergebnis des Durchdenkens lautet: So geht es nicht. Die drei großen Waffenwirkungen sind Druck, Radioaktivität und Hitze. Nun bewegen sich für die Bundesrepublik die Schätzungen der Kosten eines Bunkerbauprogramms, das einen großen Teil der Bevölkerung nur gegen Druck und Radioaktivität schützen würde, zwischen 60 und 120 Milliarden DM; dies würde unsere gesamte Hochbaukapazität ein knappes Jahrzehnt lang in Anspruch nehmen. Der Schutz gegen die Hitzewirkung wäre damit noch nicht gegeben.

Die Wasserstoffbomben werden voraussichtlich ganze Großstädte in ein Areal riesiger Feuerstürme verwandeln, in denen in allen Bunkern, die nicht viele

Meter unter dem Boden liegen und die nicht zugleich Sauerstoffvorräte für hinreichend lange Zeit besitzen, die Menschen entweder durch Hitze oder an Erstickung (Sauerstoffmangel und Kohlenmonoxyd) sterben werden. Ob ein Schutz gegen diese Hitzewirkungen überhaupt erreicht werden kann, weiß ich nicht.

Selbst wenn sich ein derartiger Schutz als technisch möglich erweisen sollte, müßte man immer noch dreierlei gegen Teller einwenden:

1. Eine demokratische Gesellschaft wird faktisch die völlige Verwandlung ihres Lebensstils, die die Verwirklichung dieses Programms verlangt, nicht auf sich nehmen.
2. Wenn sie es täte, müßte sie sich voraussichtlich einer Diktatur unterwerfen, welche die Freiheit, die sie verteidigen will, illusorisch macht.
3. Wenn Amerika dieses Programm heute durchführen kann, wird Rußland es bald auch können; dann wäre nur mit größten Opfern die Gleichheit beider Seiten wiederhergestellt.

Faktisch hat man in Amerika ein Programm dieser Größe nicht angestrebt. Nun folgt aber der charakteristische Fehlschluß: Um doch nicht nichts zu tun, versucht man ein viel schwächeres Programm, den Bau von kleinen Bunkern für die einzelnen Familien, die nur gegen Radioaktivität (*fall-out*) schützen und weitgehend privat finanziert werden sollen. Dies aber scheint mir, wie wenn einer, der über einen breiten Graben springen wollte und ihn zu breit findet, sagte: Gut, dann springe ich nur über die halbe Breite des Grabens.

Das *Fall-out-Bunker-Programm* gibt den militärischen Zweck des Tellerschen Programms preis. Es schützt nur die Menschen, die der Feind zu verschonen bereit ist; es sichert das Land nicht mehr gegen den Vernichtungsschlag. Auch humanitär ist ein Programm privater *Fall-out-Bunker* aber von höchster Fragwürdigkeit. Es privilegiert die Besitzenden, und es würde vermutlich im Alarmfall schon vor der Ankunft der feindlichen Atombomben zu einem Gemetzel innerhalb der Bevölkerung führen, die die zu knapp vorhandenen Schutzräume stürmen würde.

Wenn ich die letzten Nachrichten aus den Vereinigten Staaten richtig deute, ist das Programm privater *Fall-out-Bunker*, gegen das sich führende Autoritäten (z. B. die *Federation of American Scientists*, FAS) in zum Teil sehr abgewogenen Erörterungen kritisch geäußert haben, heute schon tot. Sicher scheint, daß man in England und auch in Frankreich auf größere Bunkerbauprogramme überhaupt verzichtet hat, und dasselbe scheint für die Sowjetunion zu gelten.

In der Bundesrepublik scheint mir im Augenblick die Gefahr zu bestehen, daß

wir, um die Versäumnisse der Vergangenheit gutzumachen, uns auf ein Bunkerbauprogramm festlegen, das vor der Entwicklung der modernen Wasserstoffbomben vielleicht sinnvoll gewesen wäre. Davor möchte ich aufs entschiedenste warnen.

Die Frage, welche Maßnahmen sinnvoll sind, läßt sich nur durch sehr sorgfältige Abwägung aller Eventualitäten entscheiden. Die Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VDW), die nach dem Vorbild der *Federation of American Scientists* gegründet worden ist, hat im letzten Jahr eine Expertenkommission mit dem Studium dieser Frage beauftragt. Wie ich höre, wird diese Kommission einen vorläufigen Bericht in wenigen Wochen vorlegen. Ich schlage vor, daß die zuständigen Ausschüsse des Bundestages und die zuständigen Ministerien die aufgeworfenen Fragen mit den Verfassern des genannten Berichts und anderen Fachleuten noch einmal sorgfältig diskutieren.

Es dürfte sich empfehlen, für langfristige Planungen das Ergebnis dieser Diskussionen abzuwarten. Dies würde uns aber für den Augenblick nicht zur Untätigkeit nötigen, denn es gibt genug Maßnahmen, die jedenfalls sinnvoll sind und alsbald eingeleitet werden können. Ich ende daher mit einer Liste von Vorschlägen. Diese Vorschläge sind zum größten Teil nicht neu. Ich glaube aber, daß der Zeitpunkt zur unverzüglichen Durchführung der unter 1 bis 4 genannten Maßnahmen nunmehr gekommen ist.

Vorschläge

1. Die Bevölkerung ist über richtiges und falsches Verhalten zur Vorbereitung auf den Ernstfall und im Ernstfall wahrheitsgemäß und gründlich aufzuklären. Sie ist in möglichst weitem Umfang in Erster Hilfe auszubilden.
2. Mit wirkungsvollem Gerät ausgerüstete „technische Hilfstrupps“ sind aufzustellen und auszubilden. Diese Hilfstrupps sind, schon um ihrem Weiterfunktionieren im Fall eines feindlichen Einmarsches eine Chance zu geben, vom Militär scharf zu scheiden; sie müßten den Charakter des Roten Kreuzes haben.
3. Es scheint sinnvoll, Strahlenwarngeräte, gewisse Medikamente, eine Volksschutzmaske und Batterieempfänger (zum Empfang von Warnungen durch Radio trotz Stromausfalls) zu verteilen.
4. Lebensmittelvorräte sind von der öffentlichen Hand anzulegen und strahlensicher zu lagern. Lebensmittellagerung durch die Bevölkerung ist außerdem nachdrücklich zu befürworten.
5. Die Entscheidung über Programme baulichen Schutzes (Bunker usw.) sollte um ein Jahr hinausgeschoben werden, bis die hier entstehenden Fragen von Experten geklärt sind.



Welche Aufmerksamkeit auch in maßgeblichen Kreisen der Wirtschaft den Problemen der zivilen Verteidigung geschenkt wird, dokumentiert das kürzlich erschienene Heft 79 der Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). Es enthält die Reden, die vom Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Münchmeyer, dem Bundesminister des Innern, Hermann Höcherl, und Hauptgeschäftsführer Dr. Bielfeldt von der Handelskammer Hamburg — er erläuterte die Hamburger Erfahrungen aus der Flutkatastrophe — anlässlich der diesjährigen Vollversammlung des DIHT in Bremen gehalten wurden.

Für unsere Leser dürfte dazu folgendes wissenswert sein:

Eine der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben der Industrie- und Handelskammern ist die Förderung der gewerblichen Wirtschaft. Dazu gehört auch im Verteidigungsfall der Schutz und die Sicherheit der kammerzugehörigen Gesamtwirtschaft. Da die Kammern aufgrund ihrer betriebsnahen Tätigkeit und ihrer wirtschaftlichen Sachkenntnis wesentlich zur notwendigen Schutzbereitschaft der Wirtschaft beitragen können, müssen sie frühzeitig an den Planungsarbeiten und vorbereitenden Maßnahmen zur zivilen Verteidigung teilnehmen.



Von Notstandszeiten würden Unternehmen und Betriebe der mannigfachsten Art betroffen. Unser Bild: Blick auf das Industriegebiet von Völklingen/Saar.

Wirtschaft und Zivilverteidigung

„Es gibt nur die Sicherheit, die man sich selbst schafft“ - Der Bundesminister des Innern vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag

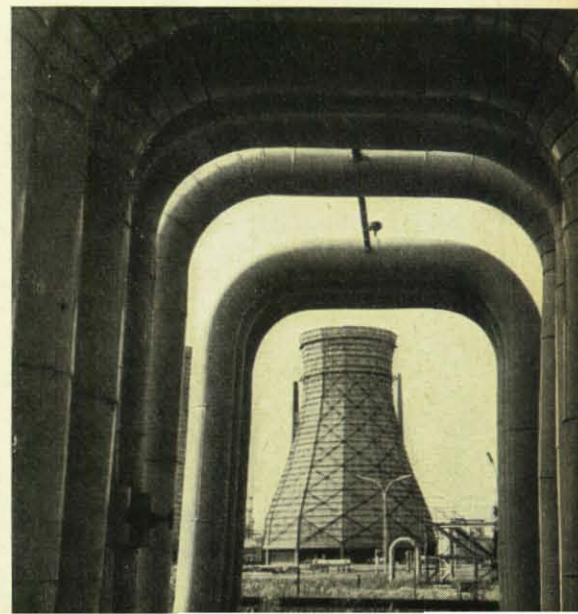
Aus dieser Verantwortung heraus haben sich die Kammern bereits in einem frühen Stadium mit den Fragen der Landesverteidigung befaßt. Sie taten dies aus der nüchternen Erkenntnis, daß Staat und Wirtschaft eines äußeren Schutzes notwendig bedürfen. Auf Beschluß des Vorstandes des Deutschen Industrie- und Handelstages wurde Anfang 1956 der Arbeitskreis für verteidigungswirtschaftliche Fragen gebildet. Er setzt sich aus 40 Mitgliedern zusammen, die als Unternehmer ehrenamtlich oder als Geschäftsführer hauptamtlich in den Industrie- und Handelskammern tätig sind. Der Arbeitskreis wird von Generaldirektor Ministerialdirektor a. D. Dr. Elmar Michel, Vorsitzender der Salamander AG, geleitet.

Während zunächst wirtschaftliche Fragen des Aufbaues der Bundeswehr zu behandeln waren, rückten bald Probleme der Sicherheit und des Schutzes der Betriebe und der Wirtschaft in den Vordergrund.

Aus eigener Initiative und zuerst ohne nennenswerte amtliche Unterstützung begannen Kammern und DIHT mit einer Aufklärung über verteidigungswirtschaftliche Probleme. Erschwert wurde diese Arbeit, weil die psychologische Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung und wichtige sachliche Voraussetzungen nicht gegeben waren.

Schon früh forderte der DIHT eine umfassende und kontinuierliche Aufklärung der Bevölkerung über die drohenden Gefahren und die nach seiner Meinung durchaus vorhandenen Möglichkeiten eines Schutzes als Voraussetzung dafür,

Pipeline mit Kühlturm der Shell-Raffinerie in Wesseling bei Köln.





◀ Rauchen verboten! Auch im Frieden sind in vielen Werken umfangreiche Schutzmaßnahmen und Sicherungsvorkehrungen erforderlich. Für Not- und Kriegszeiten müßten sie bedeutend erweitert werden. Darauf sind wir noch schlecht gerüstet.

daß Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung mit Verständnis aufgenommen und durchgeführt würden.

★

„Notstand kann nicht nur innen- und außenpolitische oder kriegerische Ursachen haben, sondern auch die Natur läßt uns — wie es erst Anfang des Jahres in Norddeutschland geschehen ist — ihre Macht über den Menschen fühlen. Darauf sind wir bis heute schlecht gerüstet.“ Unter diesem Aspekt umriß Präsident Alwin Münchmeyer in seiner Rede die „Notstandsvorsorge als Aufgabe der Wirt-

schaft“. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß die Probleme der zivilen Verteidigung trotz ihrer Größe und der damit verbundenen finanziellen Anforderungen bei „genügender Streckung“ gelöst werden können.

An Bundesinnenminister Höcherl gewandt, erklärte Präsident Münchmeyer am Schluß seiner Ansprache: „Sie werden sicher aus meinen bisherigen Worten entnommen haben, daß Sie hier nicht vor einem Gremium der Ablehnung stehen, sondern vor Unternehmern, die bereit sind, die Nutzenwendungen aus einer einmal gegebenen

Lage zu ziehen, ja, ich möchte sagen, Ihnen Herr Minister, im gemeinsamen Interesse zu helfen und Ihnen in Ihrem Bemühen beizustehen, das, was von uns allen verlangt werden muß, zur Sache des ganzen Volkes zu machen.“

Der Bundesminister des Innern, Herrmann Höcherl, unterstrich in seiner Rede die psychologischen Widerstände, die es zugunsten des zivilen Bevölkerungsschutzes bisher zu überwinden galt. Unsere Lebensordnung, so sagte er, beruhe darauf, daß wir die Öffentlichkeit überzeugen müssen. Auch die Staatsführung vermöge ohne Überzeu-



Verwaltungsgebäude, Maschinen und schaffende Menschen. Zu ihrem Schutz muß alles, was in unserer Kraft steht, für jede Art von Notstand getan werden.

gung und Mitwirkung der Öffentlichkeit nichts auszurichten. (Eine Tatsache, die ganz besonders für die Aufklärungsarbeit des BLSV Gültigkeit besitzt.)

„Das ist“, sagte der Minister, „ein Gesetz, das wir uns selbst gegeben haben, das auf der einen Seite unsere Freiheit garantiert, das uns auf der anderen Seite aber auch Beschränkungen auferlegt...“

Alle Maßnahmen des zivilen Bevölkerungsschutzes könnten nichts anderes sein als die negative Seite des Kriegsbildes. Das Kriegsbild jedoch, die Spekulation darüber, wie Konflikte modernster Art mit ihrer unerhörten Bandbreite von der größten Katastrophe bis zum örtlichen militärischen Vorgang nun in der Wirklichkeit aussehen würden, sei keineswegs geklärt. „Ich möchte die Behauptung wagen, daß es keinen lebenden Menschen gibt, der ein gültiges Kriegsbild haben kann, vor allem darüber, welche psychologischen Auswirkungen ein Krieg in der schärfsten Art hätte, die möglich ist, die wir aber nicht kennen.“

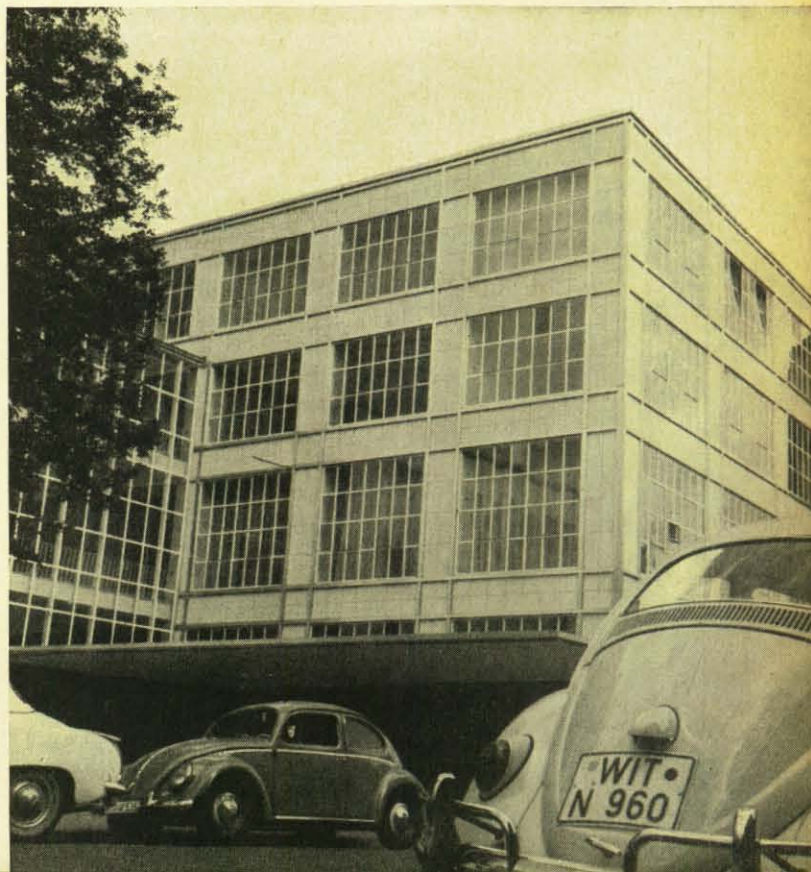
In Japan habe man die bemerkenswerte Erfahrung gemacht, daß 85% der Menschen durch Trümmerschäden und nur 15% durch Strahlenschäden ihr Leben verloren haben, obwohl es damals den Begriff der „sauberen Bombe“ noch gar nicht gab. Das sollte, so sagte der Minister, einmal gegenüber dem Halbwissen festgestellt werden, das in der Öffentlichkeit durch gewisse Massenmedien verbreitet werde und dem zivilen Bevölkerungsschutz so viele Schwierigkeiten mache.

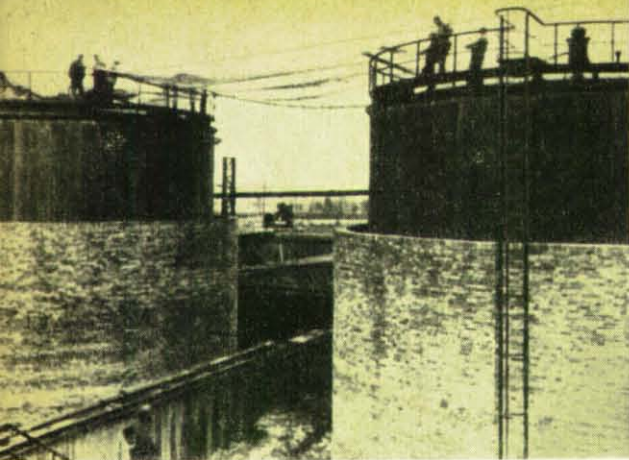
Niemand wisse, wie die größte Katastrophe aussehen und welche Wirkungen sie auf die Menschen haben werde. „Vorstellungen darüber wird man allenfalls generalstabsmäßig, wenn ich es einmal so sagen darf, entwickeln müssen, weil man sonst überhaupt keine Planung ansetzen kann. Man wird sie dann immer wieder den neuesten Erkenntnissen anpassen müssen.“

Das aber sei nur die eine Seite der Planung, und vielleicht nicht einmal die schwierigste. Die andere Seite sei, daß man keine Planungen machen, keine Maßnahmen vorbereiten könne, ohne

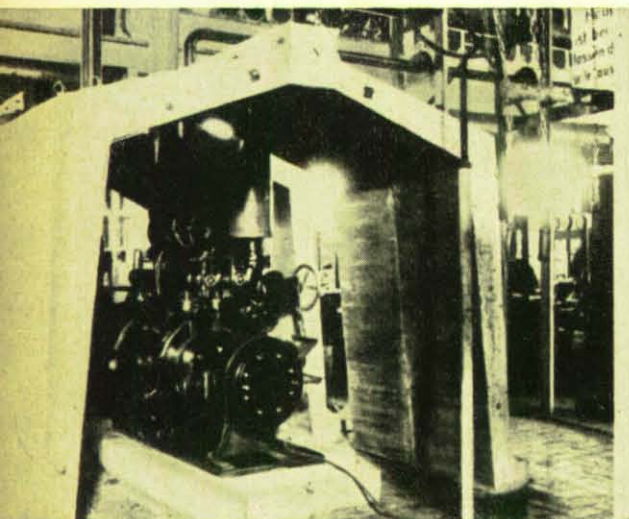


Die Wiederaufbauarbeit, die nach dem Kriege in unserem Lande geleistet wurde, findet in aller Welt Bewunderung und Anerkennung. Den ungeheuren Anstrengungen, die unternommen werden mußten, um unser Leben wieder menschenwürdig zu machen, verdankt die Bundesrepublik Wohlstand und Wirtschaftswunder. In dieser Zeit hat sich auch das Aussehen unserer Städte gewandelt. An Stelle der Trümmer finden wir neuerrichtete Geschäftshäuser und Fabrikationsstätten, die ihnen ein neues, modernes Gesicht geben. Bei der Planung mancher dieser Gebäude wurden die Erfordernisse luftschutzmäßigen Denkens leider nicht immer in ausreichendem Maße berücksichtigt.

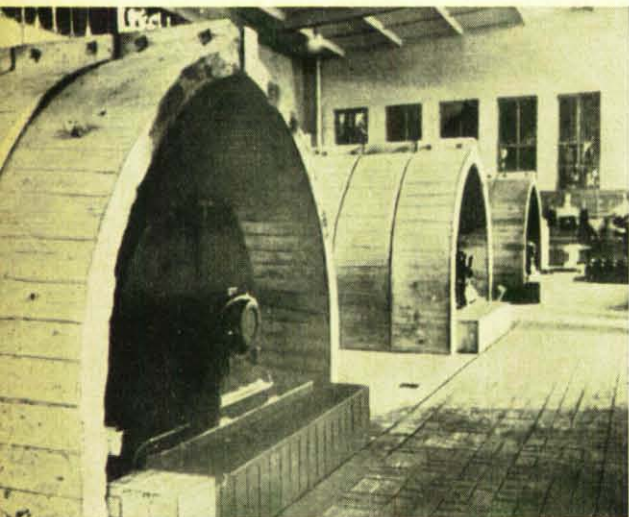




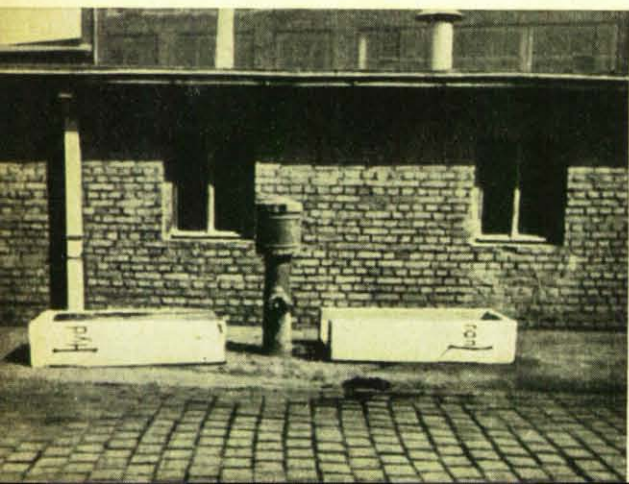
Im letzten Kriege: Splitterschutz an Tanklagern.



So wurde ein Kompressor vor Splittern geschützt.



Schutz aus Fertig-Betonteilen über einem Motor.



die wirtschaftlichen, finanziellen, psychologischen und politischen Möglichkeiten realpolitisch in die Rechnung einzu-
beziehen.

„Wenn ich angesichts der heutigen Arbeitsmarktlage“, sagte Höcherl, „wenn ich heute, in den Tagen eines geplanten Bau-
stopps, meine Überlegungen für den zivilen Bevölkerungsschutz anstelle, wenn ich berücksichtige, daß die finanziellen Mittel von der öffentlichen Hand aufzubringen sind, aber auch die erforderlichen Kapitalmarktmittel aus anderen Bereichen abgezweigt werden müssen, so muß ich erkennen, daß es in der Volkswirtschaft immer nur Gleichungssysteme geben kann: Das, was wir auf der einen Seite wegnehmen, das hat zwangsläufig Auswirkungen nach der anderen Seite.“

Dies werde, weil die meisten Menschen ihre Umwelt je nach ihrem Interessenstandpunkt betrachteten, immer wieder über-
sehen. Hier gebe es eben keine Kunststücke, keine Tricks, sondern nur Zwangsläufigkeiten.

Im übrigen sei für den zivilen Bevölkerungsschutz nicht ganz so wenig geschehen, wie manchmal angenommen werde. „Zuwenig wird es immer sein! Jedes Streben und Vorwärtsgen würde aufhören müssen, wenn wir nicht immer vor diesem ‚Zuwenig‘ stünden und wenn wir nicht immer wieder ein neues, weiteres Ziel vor uns hätten.“ Aber unsere Möglichkeiten seien bescheiden, und der Wiederaufbau unserer Sicherheit gegen die Bedrohung von außen müsse, garantiert durch die Bündnisse, die wir eingegangen seien, den absoluten Vorrang haben. „Die Bündnisse geben uns stärkeren Bevölkerungsschutz als alles, was wir bauen, ausbilden und psychologisch vorbereiten können!“

Ausgangspunkt aller Betrachtungen über den zivilen Bevölkerungsschutz sei und bleibe das Kriegsbild. Der Minister wies darauf hin, daß er dem Verteidigungsrat angehört und Einblick in die neuesten Erkenntnisse habe, die aber auch wiederum nicht unbestritten seien, sondern sich ebenfalls im Spekulationsbereich halten, im Erfahrungsaustausch mit anderen entstanden und fortgesetzt in Bewegung seien. Höcherl glaubt jedoch nicht, daß alles, was auf diesem ungeheuren Gebiet — „die Menschen waren nie schöpferischer als auf dem Gebiet der Vernichtung!“ — in den beiden großen Lagern geschaffen worden ist, „uns in der letzten Geheimnisstufe mitgeteilt wird“. Die letzten Geheimnisse hielten sich in einem ganz engen Bereich, sowohl was den Osten, wie auch was den Westen betreffe, so daß man nur von beschränkten Erkenntnissen ausgehen könne.

Daraus aber ergebe sich, daß es in einem Kriege, der mit allen zur Verfügung stehenden Waffen geführt werde, zu Verwüstungen und Zerstörungen von unabsehbarem Ausmaße komme. Bei den Warnzeiten, die heute angenommen werden müssen, handle es sich um Minutenwerte. Dies bestimme auch die möglichen Vorbereitungen und Größenordnungen einer Evakuierung. Viele Pläne, woanders mit Fleiß und Akribie gemacht, seien sicherlich schon längst Makulatur und nur noch als Stilübungen zu werten.

„Wir gehen deshalb davon aus, daß jeder zu Hause, jeder dort bleiben soll, wo er ist, weil Bewegungen verkehrsmäßig und schutzmäßig nicht zu verkraften sind.“

Es sei aber auch notwendig, die Möglichkeit eines „konventionellen“ Krieges mit den Erfahrungen, die uns aus dem letzten Kriege zur Verfügung stehen, in die Planungen einzubeziehen, weil ein solcher, mehr als noch vor wenigen Jahren, wieder Gegenstand strategischer und verteidigungspolitischer Überlegungen geworden sei.

Bei der schlimmsten Form eines Krieges müsse mit ganz kurzen Warnzeiten, schlagartigem Überfall mit Bomben und Raketen, massiertem gleichzeitigem Einfall feindlicher Landstreitkräfte und mit zahllosen Verletzten, Toten und Obdachlosen gerechnet werden. Es könne zu radioaktiver Verseuchung und zur Verwendung biologischer und chemischer Kampfstoffe kommen. Der Minister glaubt, daß die Wirkungen solcher Kampfmittel möglicherweise längere Zeit anhalten, so daß die Überlebenden dann für Wochen unterirdisch leben müssen.

Hinzu kämen Engpässe in der Ernährung, der ärztlichen Versorgung, Ärztemangel, Zusammenbruch des Verkehrs und des Versorgungswesens, Stilllegung und Ausfall auch der lebenswichtigsten Betriebe und Ämter.

„Hier gibt es nur ein Grundziel“, sagte der Minister, „nämlich Vorkehrungen dafür zu treffen, daß man möglichst viele Menschenleben erhalten kann... Das ist immer die entscheidende Aufgabe, wie überhaupt bei allem, einschließlich der

Der Splitterschutz für den Überflur-Hydranten (in der Mitte) konnte bei Bedarf abgenommen werden.

wirtschaftlichen Betätigung, nur an den Menschen gedacht werden muß.“

Höcherl machte darauf aufmerksam, daß alle Theorien, die wegen der Furchtbarkeit der Waffenentwicklung mit einer kurzen Kriegsdauer rechnen, von den Fachleuten nicht geteilt würden. Die Experten seien vielmehr der Meinung, daß sich die Kampfhandlungen auch angesichts solcher Möglichkeiten über erhebliche Zeiträume erstrecken könnten, weil die unmittelbare Inbesitznahme feindlichen Gebiets nach wie vor die Voraussetzung zumindest für den Abschluß eines Krieges sei. So müsse also auch der Faktor „Zeit“ in die Rechnung mit einbezogen werden.

„Wir werden Vorkehrungen treffen müssen, um Lebensnotwendiges, sei es auf dem Gebiet der Versorgung, sei es auf dem der staatlichen und kommunalen Ordnung — in welcher Form sie sich dann noch darstellt, wissen wir alle nicht —, zu sichern und mindestens eine gewisse Funktionsfähigkeit zu erhalten.“

Auf diese äußerste Möglichkeit müsse alles abgestellt sein. Man könne nicht sagen: „Wir suchen uns aus dem Kriegsbild bescheidene Möglichkeiten heraus und versuchen, uns gegen diese zu schützen, lassen aber eine andere große Komponente einfach außer Ansatz, weil wir glauben, wir werden ihrer doch nicht Herr.“ Der Minister fuhr fort: „Ich bin vielmehr der Meinung: Wenn ich die Sicherheit hätte, mit Milliarden Mark auch nur wenige Menschenleben erhalten zu können, wäre das jeder Anstrengung wert. Das muß der Ausgangspunkt aller Überlegungen sein! Doch das ist sehr schwer zu verwirklichen, wenn es über bloße Lippenbekenntnisse hinausgeht.“ Wenn die Verwirklichung in Form von Steuern und Lasten komme, und zwar in einer Zeit, in der vielleicht andere Sorgen drängen, dann sehe alles ganz anders aus.

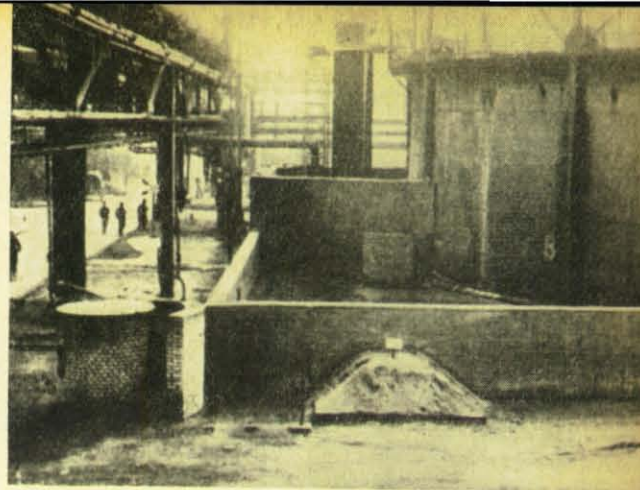
Angesichts der Gefahren hat der Bund zusammen mit den Ländern begonnen, Vorkehrungen zu treffen. Vor allem für eine rechtzeitige Warnung. Dabei muß das Warnsystem so organisiert sein, daß es nicht unmittelbar vom elektrischen Strom abhängt. In unserem technisierten Leben werden wir bei Ausfall irgendeines Energiespenders fast hilflos und sehen dann, wie die an sich fruchtbare Arbeitsteilung auf der anderen Seite ein unerhörtes Maß an Abhängigkeit bringt. „Dem wollen wir begegnen“, erklärte Höcherl, „indem wir unser Warnsystem möglichst unempfindlich gegen Stromausfälle machen.“ Bekanntlich sind inzwischen die geplanten zehn großen Warnämter in der Bundesrepublik errichtet und mit Personal wie Geräten ausgestattet. Sie stehen und sind arbeitsfähig.

Besonders eindringlich unterstrich der Bundesminister des Innern in seiner Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag die Bedeutung des Selbstschutzes. „Es gibt nur die Sicherheit“, sagte er, „die man sich selbst schafft. Zwei Beispiele in unserer Geschichte müßten ausreichen, um das klarzumachen.“ Oft habe man den Eindruck, daß sie zu rasch vergessen worden seien, obwohl die Vergeßlichkeit manchmal eine gute Lebenshilfe sein könne.

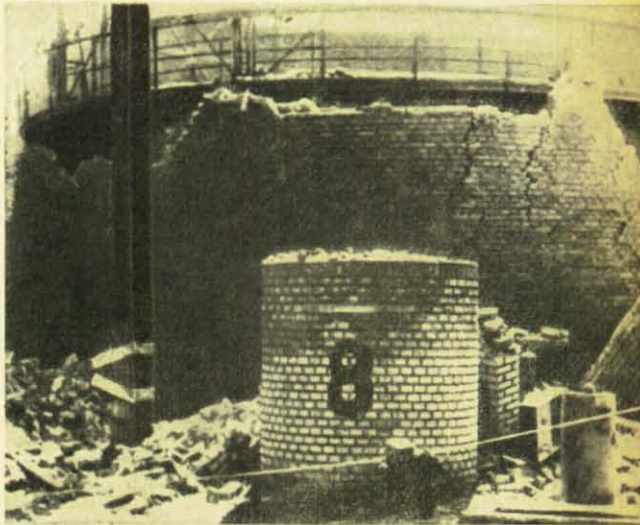
Der Minister zeigte in diesem Zusammenhang auch die komplizierten psychologischen Zusammenhänge um das Problem „Aufklärung der Bevölkerung“ auf. Die Zahl der freiwilligen Helfer des Bundesluftschutzverbandes bezeichnete er als „für unsere Verhältnisse“ sehr beachtlich. „Ich meine“, so fuhr er fort, „wir sollten den Menschen, die sich wieder freiwillig zur Verfügung stellen, wirklich dankbar sein.“ Und: „Wir sollten uns dessen bewußt sein, daß wir den Selbstschutz der Bevölkerung ohne diese Freiwilligen, ohne diese Idealisten überhaupt nicht bewältigen können!“

Am Schluß seiner umfassenden Darlegungen dankte der Bundesminister des Innern dem Deutschen Industrie- und Handelstag dafür, daß er dieses Thema auf die Tagesordnung seiner Vollversammlung gesetzt und ihm damit Gelegenheit gegeben habe, ihr eine Übersicht über die Planung, die Entwicklungen und den derzeitigen Stand der Vorbereitungen für den zivilen Bevölkerungsschutz zu geben. Er dankte Generaldirektor Dr. Michel, dem Vorsitzenden des Arbeitskreises für verteidigungswirtschaftliche Fragen, und den anderen Herren des DIHT, die sich mit diesem Problem besonders eingehend befassen, für ihre fachliche Mitarbeit und dafür, „daß sie uns in dieser heiklen Frage so ernsthaft mit ihrem hervorragenden Sachverstand unterstützten... Es geht hier ja nicht um eine Angelegenheit der Regierung, sondern um eine gemeinsame Sache, um einen Teil unserer Sicherheit und damit um einen Teil unserer Freiheit.“

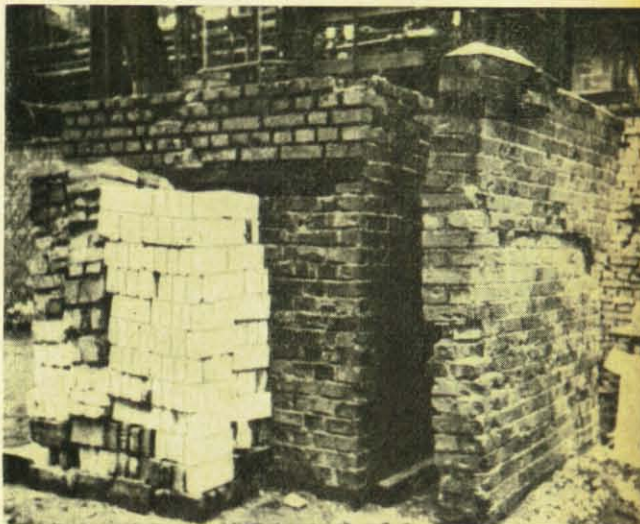
Trotz Einschlags in unmittelbarer Nähe blieb der Hydrantenschutz (links im Foto) völlig intakt.



Betonwall gegen Wasserausbrüche um Gasometerhaus.



Die Ummantelung hat die Gasometertasse geschützt.



Auch diese „Panzerzelle“ hat ihren Zweck erfüllt.



Objektive Norweger

Der Informationschef der norwegischen Zivilverteidigung, Rolf Thue, weilte in der Zeit vom 3. bis 7. September 1962 in der Bundeshauptstelle bzw. in der Bundesschule des BLSV zu Gast. Der Zweck seines Besuches war ein Erfahrungsaustausch.

Das Wort „Erfahrungsaustausch“ gewinnt immer mehr an Bedeutung. Man liest und hört von Politikern, Wissenschaftlern, Ärzten, Studenten und Schülern, die ihre Erfahrungen, Gedanken und Pläne auf nationaler oder auch internationaler Ebene austauschen. Es gibt auch viele Länder, die sich an einem Besuchs-, Studier- und Arbeitsplatztausch beteiligen, der nicht nur zum Ziele hat, Sprach- und Kulturkenntnisse zu fördern, er soll auch zu wechselseitigem Verständnis und besserem Zusammenleben der Völker überhaupt beitragen.

Erfahrung kann positiv und negativ sein, böse und gut. Sie ist immer ein kostbares Gut. Warum also soll man nicht andere Menschen von eigenen Erfahrungen profitieren lassen, warum nicht mit offenen Karten spielen, wenn es darum geht, erworbene Kenntnisse zum Wohle eines noch größeren Menschenkreises auszunutzen? Ist nicht für jedes Land die Frage, was das Ausland zum Schutze der Zivilbevölkerung für den Fall eines neuen Krieges tut, von beträchtlicher Bedeutung? Gibt doch die Antwort auf die Frage: „Was machen die anderen?“ zugleich Auskunft

darüber, was bei einem selbst auf dem Gebiete des zivilen Bevölkerungsschutzes noch zu tun ist.

Gewiß, was für das eine Land richtig ist, muß nicht für das andere Land auch richtig sein. Die jeweiligen Verhältnisse wie z. B. die Bevölkerungs-dichte, die geographische Lage, die topographischen Bedingungen, aber auch die Art der Wirtschaft, das Recht und die soziale Struktur sind mitbestimmend.

Luftschutzdienstpflicht

Ein weiterer Faktor der nicht unbedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der Zivilverteidigung eines Landes hat, ist die Einstellung der Bevölkerung. Mit Zufriedenheit konnte Herr Thue berichten, daß 80% der norwegischen Bevölkerung für Luftschutzmaßnahmen und -aufklärung sind. Nur 7% seien noch dagegen. Bezeichnend für die objektive Einstellung der Norweger wertete der Informationschef auch die Tatsache, daß es dort bereits seit 1953 ein Luftschutzdienstpflichtgesetz gibt. Alle Männer und Frauen zwischen 18 und 65 Jahren, die nicht zum Wehrdienst aufgebunden sind, können kraft dieses Gesetzes zum Dienst am zivilen Bevölkerungsschutz herangezogen werden.

Organisation

Die Lösung aller Aufgaben des norwegischen Zivilschutzes obliegt einem zentralen Amt, dem staatlichen Direktorat, dem ein Zivilschutzdirektor vorsteht. Organisation, Ausbildung, Verwaltung, technische Angelegenheiten, Materialbeschaffung und Stabsplanung sind die Gebiete, mit denen sich die Abteilungen dieses Amtes befassen.

Norwegen, das eine Bevölkerungszahl von 3,5 Millionen und eine Bodenfläche von 332 000 qkm hat, ist regional in vier Zivilschutzkreise eingeteilt, denen jeweils ein Kreischef vorsteht. Diese Kreise sind wiederum in eine Anzahl von Luftschutzbezirken unterteilt, die den Polizeibezirken entsprechen. Der Leiter des Polizeibezirks ist gleichzeitig Luftschutzleiter.

Über 130 Städte oder Orte verfügen über lokale Einheiten mit einer Gesamtstärke von 51 000. Dazu kommen die mobilen Kolonnen, eine „regelrechte Luftschutz-Elitetruppe“, wie Thue sie bezeichnete, mit einer Stärke von 8400 Mann. Über das Land verteilt, sind bereits 14 Lager für diese mobilen Einheiten errichtet worden, die auch für überörtliche Einsätze vorgesehen sind.

Ausbildung

Herr Thue, der von den vorzüglichen Ausbildungsmöglichkeiten der Bundesschule des BLSV in Waldbröl mit ihren

Ein Erfahrungsaustausch mit dem Informationschef der norwegischen Zivilverteidigung

Übungsanlagen sehr angetan war, berichtete auch über die Ausbildungslehrgänge, die von den Angehörigen örtlicher und überörtlicher Zivilschutzorganisationen Norwegens absolviert werden müssen. So gibt es für Offiziere, Instruktoren und Spezialisten eine Zentralschule in der Nähe Oslos, an der Lehrgänge bis zu einer Dauer von 3 Wochen abgehalten werden. Für das Personal der lokalen Einheiten, das an einer Grundausbildung von 40 Stunden teilnehmen muß, sind jährliche Wiederholungskurse von 20stündiger Dauer vorgesehen, in denen auch jeweils die neuesten Erkenntnisse auf dem Gebiete des Bevölkerungsschutzes vermittelt werden. Während dieser Wiederholungskurse finden praktische, kombinierte Übungen statt, an denen außer den verschiedenen lokalen Dienstzweigen auch häufig mobile Kolonnen teilnehmen.

Warn- und Alarmdienst

Die gesamte städtische Bevölkerung kann, wenn es nötig werden sollte, durch etwa 800 bereits installierte Sirenen gewarnt werden. Außer den üblichen Warn- und Entwarnungssignalen gibt es in Norwegen noch ein Signal für „Mobilisierungsalarm“. Bei seinem Ertönen müssen sich Soldaten und auch Zivilisten an den ihnen für solche Fälle vorgeschriebenen Stellen melden.

Evakuierung und Katastrophenschutz

Wie andere nordische Staaten halten auch die Norweger an ihren Plänen zur Evakuierung größerer Städte fest. Die großen freien Räume, die sich als Aufnahmegebiet sehr gut eignen, bieten sich förmlich an. Doch das Evakuierungsprogramm verlangt nicht nur eine ausgefeilte Planung, sondern auch einen gut funktionierenden Evakuierungsdienst. Weitere Helfer, deren Zahl in die Tausende geht, werden für die Betreuung der Menschen in den Einquartierungszonen benötigt. Doch mit Befriedigung konnte Herr Thue berichten, daß die meisten dieser Helfer bereits eine Ausbildung erhalten haben. Während seines Aufenthaltes besuchte Herr Thue auch die Ortsstelle Bonn sowie die Kreisstelle Bonn-Land. Dort lernte er die bundesdeutschen Zivilschutzprobleme auf unterer Ebene kennen.

So wie wir viel Interessantes über sein Land erfahren haben, bestätigte Herr Thue uns, daß er durch seinen Besuch manche brauchbare Anregung erhalten habe, und versicherte auch für die Zukunft, den Austausch von Erfahrungen fortzusetzen zum Wohle der Zivilbevölkerung Norwegens und der Bundesrepublik.

H. F.



Der Informationschef der norwegischen Zivilverteidigung, Rolf Thue (links im Bild), im Gespräch mit Herren des Referates VI und der Pressestelle des Bundesluftschutzverbandes.

Im Deutschen Fernsehen:



„Überleben im Atomkrieg?“ lautete der Titel eines Berichtes von Dr. Wolfgang Brobeil und Karlheinz Rudolph über Schutzbauten, der als Beitrag des Südwestfunks am 29. Juni 1962 in der Zeit von 20.20 bis 21.10 Uhr im ersten Programm des Deutschen Fernsehens zu sehen war.

Dr. W. Brobeil, der die Sendung kommentierte, ließ keinen Zweifel darüber, daß es kaum ein Thema gibt, das bei der Bevölkerung unseres Landes soviel unangenehme Erinnerungen weckt wie das Thema „Luftschutz“. Er wies aber auch darauf hin, daß man nicht vergessen sollte, wie vielen Menschen im letzten Krieg durch den Luftschutz das Leben gerettet worden ist.

Natürlich seien die Chancen des Überlebens geringer als im letzten Krieg, doch wenn es um wertvolle Menschenleben ginge, dürfe man keine Kosten und keine persönlichen Opfer scheuen. Außerdem, so folgerte er, sei die militärische Stärke allein keine wirksame Abschreckung, wenn nicht gleichzeitig ein gut ausgebauter Luftschutz das Überleben der Zivilbevölkerung sichere.

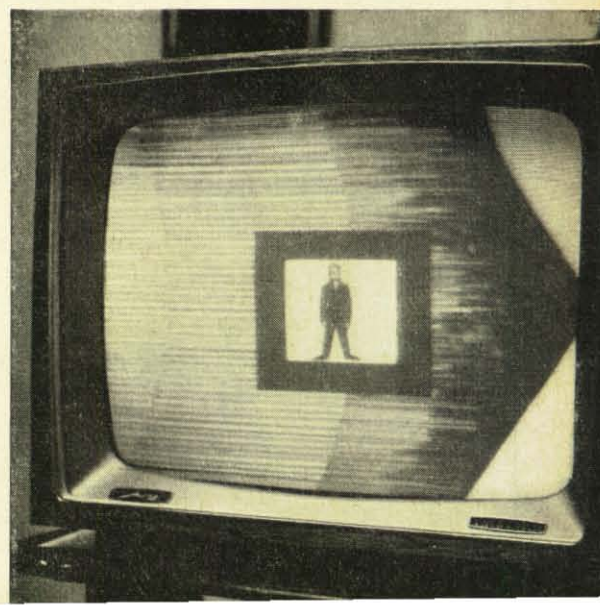
Ohne den Versuch der Verniedlichung zu machen, aber auch ohne Panikstimmung zu erzeugen, war die Sendung von Anfang bis Ende bemüht, durch Schau-

bilder, Interviews und sehr anschaulich dargestellte Berechnungen dem Zuschauer zu zeigen, wie er durch bauliche Maßnahmen dem Atomtod entgehen kann.

Prof. Dr. Otto Haxel von der Universität Heidelberg ließ keinen Zweifel darüber, daß es keinen Vollschutz mehr gibt. Aber jeder, der außerhalb des „Kraterrandes“ lebt, hätte eine mit zunehmender Entfernung wachsende Chance zu überleben. Er bestätigte, daß durch geeignete Maßnahmen viele Menschen gerettet werden können, die sonst sterben müßten. Ganz besonders gegen die Gefahren des radioaktiven Niederschlages seien durch relativ einfache bauliche Maßnahmen Schutzmöglichkeiten zu schaffen.

Nach einer Übersicht über die bisher vom Bund für den zivilen Bevölkerungsschutz geleisteten Ausgaben in einer Höhe von 2 Milliarden D-Mark für den Ausbau des Warn- und Alarmdienstes, für Forschung, Arznei- und Lebensmittelbevorratung sowie die Ausrüstung

Mit sehr anschaulichen Bildern und Grafiken wiesen die Autoren der Sendung, die gut informiert waren, den Wert baulicher Maßnahmen auch bei Kernwaffenangriffen nach.



des Luftschutzhilfsdienstes bot der Bildschirm eine ganze Reihe von Beispielen baulicher Schutzmöglichkeiten mit Angabe der Kosten pro zu schützender Person.

Regierungsdirektor Dipl.-Ing. Hermann Leutz vom Bundesministerium für Wohnungsbau berichtete dann über die im Jahre 1957 in der Wüste von Nevada bei Kernwaffenversuchen getesteten deutschen Bunkermodelle, die ihre Prüfung so gut bestanden hätten, daß die NATO sich dieser Modelle annahm und daß sie von den Russen kopiert worden seien.

Oberregierungsbaurat Dipl.-Ing. Klingmüller sprach über Belegungsversuche und die Erfahrungen, die mit Notverpflegung, Wasservorrat und anderen für die Schutzraumausrüstung empfohlenen Gegenständen gemacht wurden.

Mit größtem Interesse dürften die Zuschauer auch die Darlegungen des früheren Präsidenten der Bundesanstalt für zivilen Bevölkerungsschutz, Erich Hampe, aufgenommen haben, der sich u. a. für die unterirdische Verbindung aller Häuserreihen und auch der Straßenseiten aussprach.

Baurat Herbert Reich vom Bundesministerium für Wohnungsbau sagte, daß es noch heute möglich sei, 60% der zu erstellenden Schutzräume außerhalb der Häuser zu errichten. Er erläuterte eine Arbeitsmethode, die trotz des Bedarfs an Baufachkräften großen Erfolg verspricht.

Über die Benutzung von Tiefbauten, die als Garagen und ebenso als Schutzräume dienen könnten, referierte Ministerialrat Erhard Schmitt vom Bundesministerium des Innern.



Ein Schutzraum ist so stark oder so schwach wie seine Abschlußtür. Darum werden an alle Abschlüsse ganz besondere Anforderungen gestellt. Allein das Türblatt (unser Bild) muß nach den amtlichen Richtlinien verwindungssteif, mechanisch ausreichend widerstandsfähig, gasdicht und feuerhemmend sein.



Bild links: Stollenartige Deckungsgräben mit ausreichenden Erdanschüttungen haben in entsprechenden Entfernungen vom Detonationspunkt schon den Initialwirkungen der Luftdetonation von Kernwaffen standgehalten. Aus vorgefertigten Bauelementen lassen sie sich verhältnismäßig schnell errichten.

Rechts: Die Herstellung der Bauelemente und der Montagevorgang sind bei dieser Bauphase so einfach, daß bei einem Mangel an Facharbeitern auch auf ungelernete Kräfte zurückgegriffen werden kann. Auch diese Aufnahme wurde, wie alle Fotos dieses Berichtes, die sich mit praktischen baulichen Maßnahmen befassen, während der Dreharbeiten zu der Fernsehserie „Überleben im Atomkrieg?“ gemacht. Alle „Akteure“ sind Helfer des Bundesluftschutzverbandes.



Baurat Dr.-Ing. Rudolf Michels sprach über die Wiederverwendung der alten Großbunker, die gemäß den „Richtlinien für Schutzraumbauten“ in der Fassung vom Dezember 1960 noch gut in stand zu setzen seien. Es wäre dadurch immerhin möglich, in den Ballungs gebieten einer Million Menschen Schutz zu bieten.

Sehr ausführlich schilderte Ministerialdirektor Walter Bargatzky, Leiter der Abteilung ziviler Bevölkerungsschutz im BMI, die Möglichkeiten eines Schutzraumbauprogramms. Er wies aber auch auf die Schwierigkeiten der Durchführung hin, da das Programm finanzierbar sein müsse und auch die Grenzen der Baukapazität nicht überschreiten dürfe. **(Fortsetzung Seite 15)**

Der im letzten Krieg oft mit Erfolg verwendete Unterzug zur Verstärkung der Druckresistenz von Kellerdecken bildet heute nur die unterste Grenze eines Mindestschutzes. ▶



DEUTSCHE EDISON-AKKUMULATOREN-COMPANY GMBH
6 Frankfurt/Main 1 · Postfach 5029



Licht

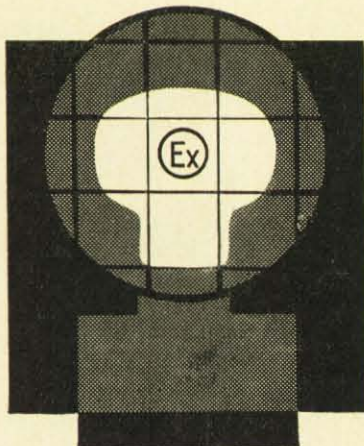
bannt Gefahr

Notlichtanlagen und
Handscheinwerfer mit

DEAC

Stahlakkumulatoren
schützen Eigentum, Ge-
sundheit und Leben

1/62



Licht ohne Risiko

für alle explosionsgefährdeten Betriebsräume!
DOMINIT-Leuchten mit dem (Ex) Zeichen
bieten Schutz und Sicherheit. Die Leuchten sind
von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt
geprüft und zugelassen.

DOMINIT

DOMINITWERKE GMBH BRILON

Seit 40 Jahren
im Dienste der Sicherheit

L 4/62



Abdichtungen für alle Fenster, Luken usw. sollten vorsorglich hergestellt werden. Im Bereich des radioaktiven Niederschlags außerhalb der Initialwirkungen von Kernwaffenangriffen ist ihr Leben und Gesundheit erhaltender Wert unbestritten (Bild links).

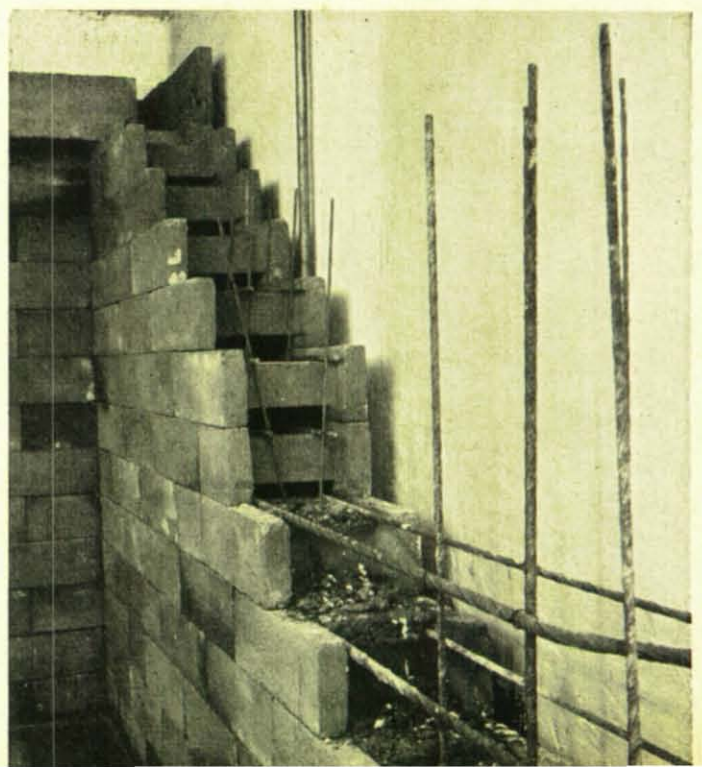


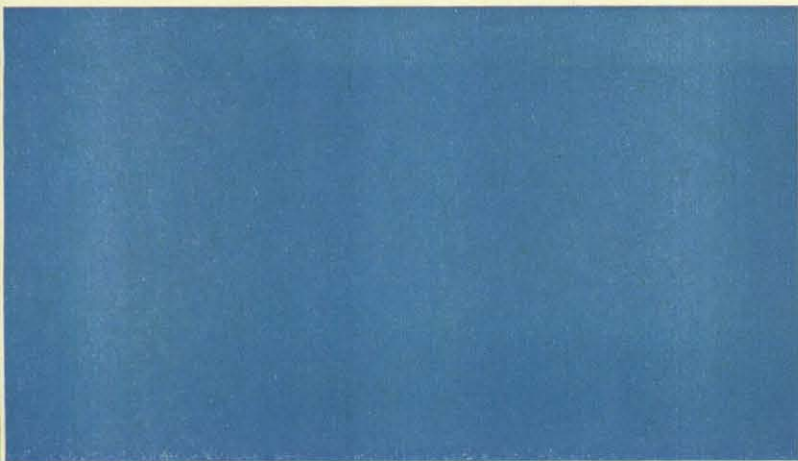
Mitte links: Beim Bau eines Schutzraumes aus Fertigteilen werden die Wände so gebildet, daß der Füllbeton zwischen den Steinen sich nach Fertigstellung wie ein arm-dickes Gitter ausbreitet, wobei Hohlsteine sowie Füllmasse zu einem Ganzen werden.



Mitte rechts: Horizontaleisen, die Steinschicht um Steinschicht eingelegt werden, bilden zusammen mit den Vertikaleisen, die später im Abstand von etwa 25 cm eingesteckt werden, umgeben von Füllbeton ein weiteres Gitter.

Rechts: Die Schwierigkeit, trotz der Zusammensetzung aus Einzelteilen einen Baukörper zu erhalten, der sich statisch nicht ungünstiger verhält als derjenige aus einem Guß, macht die hier gezeigte, zunächst ungewöhnlich anmutende Baumethode notwendig.





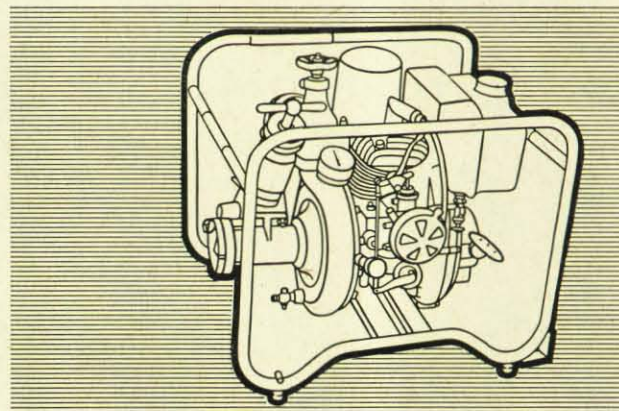
Bundesminister des Innern, Hermann Höcherl, verwies in der Fernsehsendung „Überleben im Atomkrieg“ auf das musterhafte Beispiel der nordischen Staaten, in denen der Schutzraumbau bereits seit Jahren gesetzlich fundiert ist.

(Fortsetzung von Seite 13)

Aus den Worten des Bundesministers des Innern, Hermann Höcherl, ging eindeutig hervor, wie sehr ihm das Problem des zivilen Bevölkerungsschutzes am Herzen liegt. Die notwendige Gesetzgebung für den Aufbau des zivilen Bevölkerungsschutzes sei nur gemeinsam mit allen Parteien zu lösen. Ein jeder müsse die Bestrebungen des zivilen Bevölkerungsschutzes unterstützen. Diejenigen, die versuchten, alles lächerlich zu machen, versündigten sich an ihren Mitmenschen.

Nach einem Erfahrungsbericht des ehrenamtlichen Baubersaters des BLSV, Dipl.-Ing. H. F. Erker, Frankfurt, wurde noch einmal der vorbildliche Luftschutz in den klassisch neutralen Ländern Schweden und Schweiz angeführt.

Die Sendung klang aus mit dem Fazit, daß nur ein umfangreiches, gesetzlich fundiertes Schutzraumbauprogramm die Chance des Überlebens in einem Atomkrieg wirksam vergrößern kann.
H. F.



Für erweiterten Selbstschutz im zivilen Bevölkerungsschutz

Die Magirus-Tragkraftspritze TS 2/5 ist auf Grund ihres geringen Gewichtes, auch in schwierigstem Gelände, leicht tragbar und einfach zu bedienen.

Mit Ilo-Motor und einstufiger Kreiselpumpe ausgestattet, erreicht sie eine Leistung von 200 l/min bei 50 m Ws.

Das Magirus-Tragkraftspritzen-Bauprogramm umfaßt 5 weitere Bauarten mit entsprechend höheren Förderleistungen bis zu 6000 l/min.



Klöckner-Humboldt-Deutz AG

Werk Ulm

der zeitliche Mittelwert einer Impulsfolge, der in Impulsen pro Minute (Imp/min) angegeben wird.

Ein wirksamer Strahlenschutz setzt voraus, daß eine maximal zumutbare Strahlenbelastung des menschlichen Organismus zugrunde gelegt und die Radioaktivität daraufhin überwacht wird. Hierbei wird unterschieden zwischen beruflich strahlenexponierten Personen, nichtberuflich strahlenexponierten Personen, die sich gelegentlich in Kontrollbereichen aufhalten, und der Gesamtbevölkerung. Die maximal zulässige Strahlenbelastung für Personen, die beruflich mit Strahlung umgehen, beträgt bei Ganzkörperbestrahlung nach Empfehlung der International Commission on Radiological Protection (Internationale Strahlenschutzkommission) 0,1 rem* während einer Arbeitswoche von 40 Stunden, entsprechend einer Dosisleistung von 2,5 mrem/h. Nichtberuflich strahlenexponierte Personen sollen bis zum 18. Lebensjahr 0,5 rem, vom 18. Lebensjahr ab 1,5 rem pro Jahr nicht überschreiten.

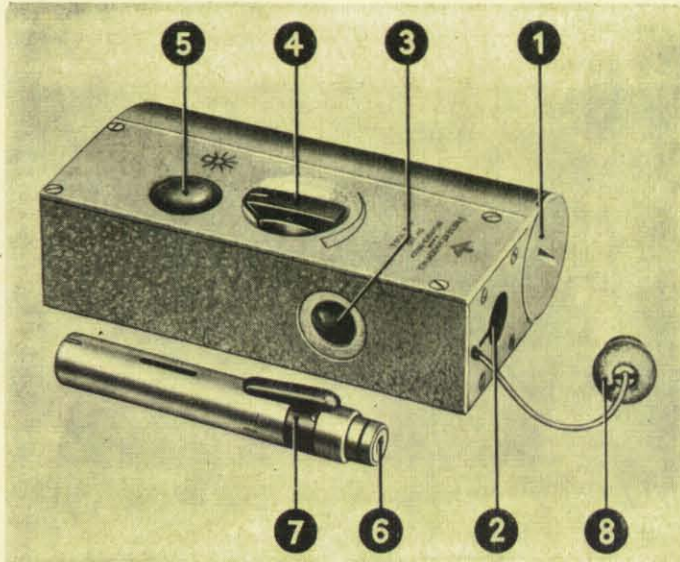


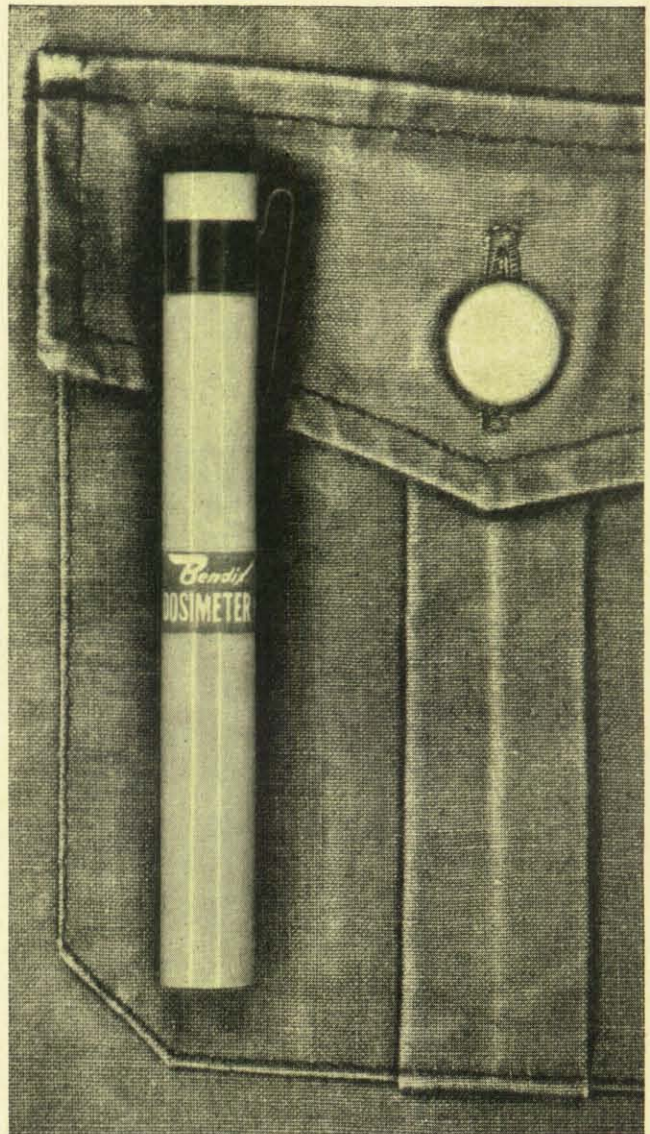
Abb. 3: Taschendosimeter Typ „FH 39“ mit Batterieladegerät. 1 = Batteriekammerdeckel; 2 = Dosimereinstecköffnung; 3 = Fenster; 4 = Regler für Ladespannung; 5 = Lampenschalter; 6 = Okular; 7 = Klipp; 8 = Verschlussdeckel (Frießeke & Hoepfner, GmbH, Erlangen-Bruck)

Für die Gesamtbevölkerung gilt ein Richtwert von 5 rem, die insgesamt bis zum 30. Lebensjahr nicht überschritten werden sollen. Diese Werte enthalten nicht die natürliche Strahlung, die etwa 100 mrem pro Jahr beträgt.

Da der Mensch kein Sinneswerkzeug zur Wahrnehmung radioaktiver Strahlung besitzt, braucht er zu ihrer Feststellung und Messung geeignete Geräte, die ihm den fehlenden Sinn ersetzen. Viele Meßgeräte für den individuellen Strahlenschutz bestehen grundsätzlich aus dem Strahlungsdetektor, der die Aufgabe hat, die Strahlung zu entdecken und mit Hilfe eines physikalischen Effektes in elektrische Impulse umzuwandeln, sowie einem Zähl- oder Anzeigeelement, dem diese Impulse zugeführt werden. Als Strahlungsdetektoren für derartige Meßgeräte werden hauptsächlich Ionisationskammern und Zählrohre verwendet, mit denen die ionisierende Wirkung der Strahlung genutzt wird, um leicht meßbare elektrische Größen zu gewinnen. Alpha-, Beta- oder Gammastrahlung, die in die Ionisationskammer eindringt, trennt negativ geladene Elektronen von den Atomen oder Molekülen des Füllgases. Da jedes Atom, soll es elektrisch neutral sein, die gleiche Anzahl negativer Hüllenelektronen wie positiver Protonen im Atomkern besitzen muß, verwandelt es sich bei Verlust eines oder mehrerer Elektronen für den Bruchteil einer Sekunde in ein elektrisch positives Ion. Dieser Effekt wird beim Prinzip der Ionisationskammer genutzt, um durch die einfallende energiereiche Strahlung einen Strom zu erzeugen und zu messen. In der Praxis wird mit entspre-

* rem (= Abkürzung für „röntgen equivalent man“) gilt als Maß für eine beliebige Strahlung, die in dem betrachteten Körpergewebe den gleichen biologischen Effekt erzeugt wie 1 r Gamma- oder Röntgenstrahlung. 1 mrem/h ist ein tausendstel rem pro Stunde.

Strahlenschutz- Taschendosimeter



Dem Menschen fehlt der Sinn für die Wahrnehmung von Kernstrahlung. Strahlenschutz-Taschendosimeter helfen uns, diese gefährliche Strahlung auf einfache Weise durch Direktablesung der Strahlenwirkung festzustellen. Wir liefern Taschendosimeter, System Bendix, zur Messung der empfangenen Dosis von Gamma- und Röntgenstrahlung, von thermischen Neutronen, mit allen in der Praxis erforderlichen Meßbereichen. Für den Zivilen Bevölkerungsschutz haben sich komplette Sätze bewährt, die in einer robusten Ledertasche 6 Dosimeter und das Ladegerät enthalten.

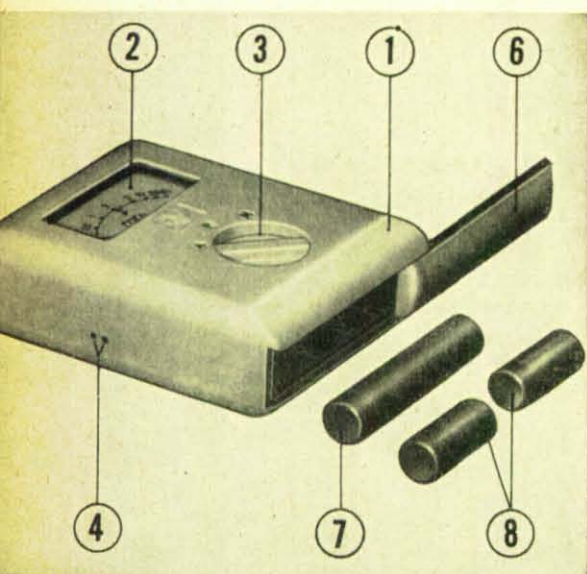


TELEFUNKEN

MESSGERÄTE

für den individuellen
Strahlenschutz

Abb. 4: Alarmdosimeter Typ „PTW-Total 6119“ (Total-Gerätebau KG, Ladenburg/Neckar)



chend geeichten Ionisationskammern beispielsweise die Gammastrahlendosis gemessen. Zählrohre zur Messung der Dosisleistung oder der Impulsrate arbeiten ebenfalls auf der Grundlage der Ionisation, jedoch mit wesentlich höherer an den Elektroden angelegter Spannung. Durch das starke elektrische Feld im Zählrohr werden die von der einfallenden Strahlung erzeugten Ionen derart beschleunigt, daß sie weitere Ionen bilden und schließlich eine Ionenlawine entsteht. Durch Zusatz eines Löschgases zum eigentlichen Zählgas wird das lawinenartige Anwachsen der Ionenbildung zum Erlöschen gebracht und eine Selbsterstörung des Zählrohrs verhindert. Die so erzeugten Stromstöße werden verstärkt und angezeigt.

Filmdosimeter

Radioaktive Strahlung kann aber auch auf einfache Weise mit photographischen Filmen nachgewiesen werden. Grundlage der Filmdosimetrie ist die Schwärzung solcher Filme, die durch radioaktive Strahlung ebenso wie durch Licht hervorgerufen werden kann. Da zwischen der Schwärzung des Films durch einfallende Strahlung und der Strahlendosis in bestimmten Grenzen ein linearer Zusammenhang besteht, läßt sich nach photometrischer Auswertung des Schwärzungsgrades die Strahlendosis bestimmen, welcher der Träger des Filmdosimeters in einem bestimmten Zeitraum ausgesetzt war. Filmdosimeter eignen sich zum Nachweis von Beta-, Gamma-, Röntgen- oder Neutronenstrahlung (Neutronen sind die elektrisch neutralen Bausteine des Atomkerns). Sie geben allerdings nicht jederzeit, sondern erst nach Auswertung, die meist in einem Zentrallabor stattfinden muß, Aufschluß über die aufgenommene Strahlendosis und werden deshalb zweckmäßig durch direkt ablesbare Taschendosimeter ergänzt.

Taschendosimeter

Diese Geräte in Füllhalterform dienen ebenfalls zur Messung einer vom Träger aufgenommenen Dosis von Gamma- oder Röntgenstrahlen, die an einer Skala angezeigt wird und jederzeit abgelesen werden kann, so daß ein Überschreiten der höchstzulässigen Dosis leicht zu vermeiden ist. Taschendosimeter enthalten eine kleine Ionisationskammer.

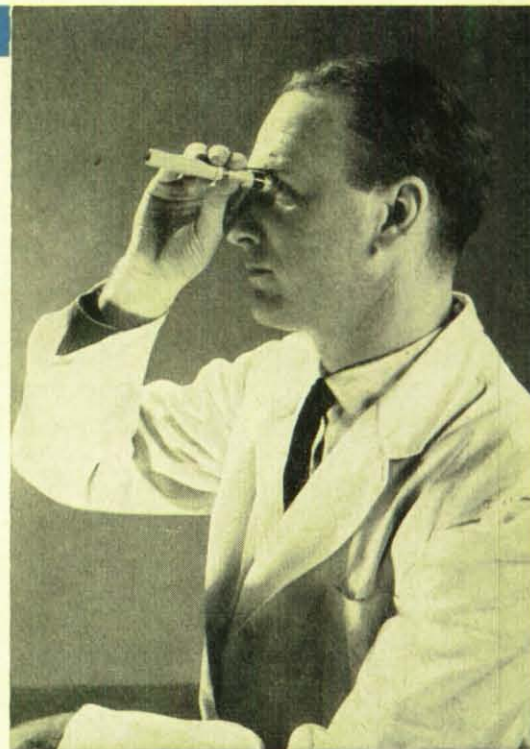


Abb. 6: Ablesen eines Taschendosimeters System „Bendix“ (Telefunken GmbH, Ulm)

Dringt eine Gamma- oder Röntgenstrahlung in diese ein, so erzeugt sie darin einen Ionenstrom, der über die Kammerelektroden die Kapazität einer vorher mit einem batterie- oder netzbetriebenen Ladegerät aufgeladenen Spannung entlädt. Der Spannungsrückgang wird an einem Quarzfadenelektrometer angezeigt, das unmittelbar Aufschluß über die erhaltene Strahlendosis gibt. Die Bilder 2 und 3 zeigen den Aufbau eines Taschendosimeters Typ „FH 39“, das von strahlenexponierten Personen meist zusammen mit einem Filmdosimeter an der Kleidung getragen wird. Diese Kombination entspricht der 1. deutschen Strahlenschutzverordnung vom Juni 1960, die vorschreibt, daß die Individualdosimetrie nach zwei voneinander unabhängigen Verfahren durchgeführt werden muß. Es sind z. B. Taschendosimeter mit Meßbereichen von 0–0,2 r, 0–50 r, 0–500 r oder auch 0–2000 r üblich. Das Gerät nach Bild 2 ist wasser- und luftdicht und wiegt nur 50 g. Bild 6 zeigt das Ablesen eines Taschendosimeters System „Bendix“.

Als Alarmdosimeter dient der batteriebetriebene Monitor, Typ „PTW-Total 6119“ (Bild 4). Das Gerät wird eben-

Abb. 5: Kleinradimeter „FH 40 K“. 1 = Gehäuse, aus stoß- und schlagfestem Kunststoff; 2 = Skala; 3 = Drehschalter; 4 = Buchse für Anschluß des Kleinhörers; 5 = Schiebedeckel zur Abdeckung des Zählrohrs; 6 = Schiebedeckel zum Batterieraum; 7 = Stabbatterie 3 V; 8 = Zellen je 1,5 V (Frieseke & Hoepfner GmbH)

falls in einer Rocktasche getragen. Dringt radioaktive Strahlung in die Ionisationskammer ein, wird ein elektrostatisches Relais aufgeladen, das bei Erreichen der Alarmdosis einen Warnton auslöst.

Dosisleistungsmeßgeräte

Von diesen meist batteriebetriebenen handlichen Geräten sind in der Bundesrepublik sehr viele Bauarten in Fotoapparat-, Bügeleisen-, Pistolen- oder Stabform auf dem Markte. Sie dienen vor allem dazu, einen Überblick zu bekommen, welche Dosisleistung im Augenblick der Messung herrscht. Aus der Dosisleistung kann bestimmt werden, wie lange sich Menschen ohne Schaden im Bereich einer radioaktiven Strahlung aufhalten dürfen. Dosisleistungsmeßgeräte sind zur Messung von Gamma- oder Röntgenstrahlung geeicht. Sie werden deshalb dort verwendet, wo diese elektromagnetischen Wellenstrahlen gemessen werden müssen, jedoch lediglich ein Nachweis von Alpha- und Betastrahlen genügt. Das ist bei vielen Meßaufgaben der Fall, wie bei der Feststellung von Kontaminationen in Isotopenlaboratorien an Tischen, Geräten, Kleidern und Gefäßen, im Freien oder im Gelände. Auch gröbere Kontaminationen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen sowie Undichtigkeiten von Verpackungen radioaktiver Stoffe lassen sich damit feststellen.

Gammastrahlenmessungen in der Nähe von Kernanlagen und radioaktiven Präparaten bei medizinischen und technischen Anwendungen, orientierende Messungen in der Leitisotopentechnik und bei Untersuchungen über Absorption, Reichweite, Rückstreuung von Alpha-, Beta- und Gammastrahlen sowie geologische Untersuchungen im Gelände und Labor sind weitere Anwendungsgebiete von Dosisleistungsmeßgeräten.

Als Strahlungsdetektoren werden Zählrohre mit Halogenfüllung bevorzugt, weil diese nur eine relativ niedrige Arbeitsspannung benötigen, die von batteriebetriebenen Geräten noch erzeugt werden kann. Sie besitzen außerdem eine sehr lange Lebensdauer und sind weitgehend temperaturunabhängig.

Ein handliches Kleingerät in einem schlagfesten Kunststoffgehäuse zur Dosisleistungsmessung von Gamma- und zum Nachweis von Betastrahlung mit einem Meßbereich von 0–50 mr/h (Milliröntgen/h = ein tausendstel Röntgen pro Stunde) ist das „Kleinradiameter FH 40 K“ (Bild 5). Es ist äußerst einfach zu bedienen und deshalb vor allem für den Laien geeignet. Das volltransistorisierte Gerät besitzt gedruckte Schaltung und ist mit einem Halogenzählrohr bestückt. Man kann damit vor allem schnell einen Überblick über radioaktive Kontaminationen, die von Gamma- und Betastrahlern stammen, gewinnen. Weitere Anwendungen sind die Lokalisierung von Strahlungsquellen, die Ermittlung von Strahlungsstärken und die Kontrolle von Strahlenschutzzeineinrichtungen beim Umgang mit radioaktiven Isotopen und Röntgenanlagen. Unabhängig von der optischen Anzeige können die Zählrohripulse auch mit einem anschließbaren Kleinkopfhörer abgehört werden. Den Strom zum Betrieb des Gerätes liefern zwei handelsübliche Batterien, mit denen ein Dauerbetrieb von 5 Stunden möglich ist. Bei intermittierendem Betrieb erhöht sich diese Zeit entsprechend. An der Zählrohrseite des „FH 40 K“ befindet sich ein Schiebedeckel, der zum Nachweis der weniger durchdringungsfähigen Betastrahlen geöffnet wird. Für die besonderen Zwecke des zivilen Bevölkerungsschutzes ist beabsichtigt, dieses Gerät auch mit einem Meßbereich bis 10 r/h auszuliegen.

Der besondere Vorteil des Typs „Teletektor“ (Bild 7) ist die bis zu 4,5 m

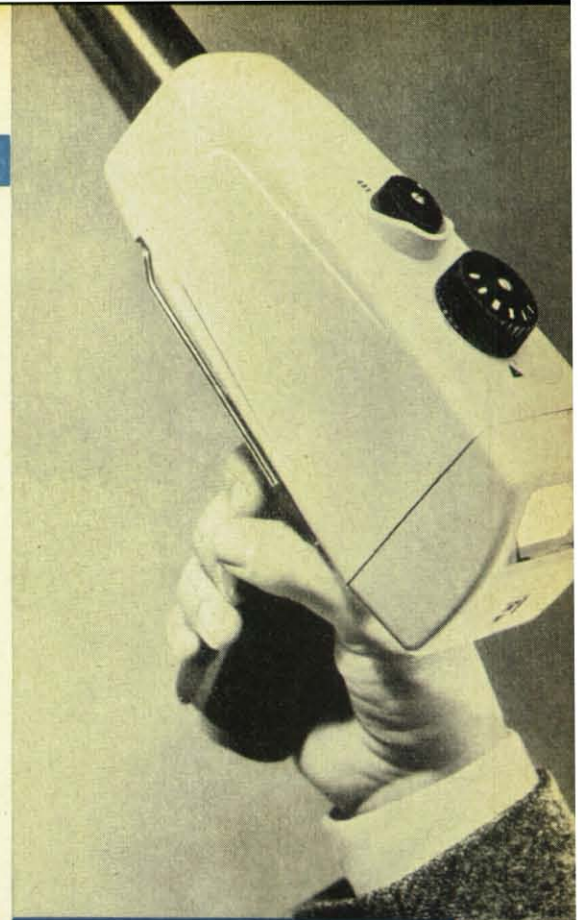


Abb. 8: Strahlungskontrollgerät Typ „PW 4014“ (Elektro-Spezial GmbH, Hamburg)

ausziehbare Teleskopsonde, mit der auch hohe Dosisleistungen an schwer zugänglichen Stellen gemessen werden können. Es besitzt deshalb vier Meßbereiche bis zu 3000 r/h.

Das Transistor-Strahlungskontrollgerät Typ „PW 4014“ in Pistolenform (Bild 8) eignet sich ebenfalls zu den beschriebenen Meßaufgaben und besonders zur Messung von äußeren Kontaminationen, die strahlenexponierte Personen erlitten haben. Es besitzt 3 Meßbereiche für Radium-Gamma-Strahlung: 0–1 mr/h, 0–10 mr/h und 0–100 mr/h, gedruckte Schaltung und ein eingebautes Geiger-Müller-Zählrohr. Mit Zusatzzählrohren ist auch der Nachweis von Alpha- und Betastrahlung möglich. Eine anschließbare Sondenverlängerung ermöglicht es, den Abstand zwischen Strahlungsquellen und Bedienungspersonal um zusätzlich 40 cm zu vergrößern, wodurch auch an schwer zugänglichen Plätzen gemessen werden kann. Ein Kleinkopfhörer ist ebenfalls anschließbar.

(Wird fortgesetzt)

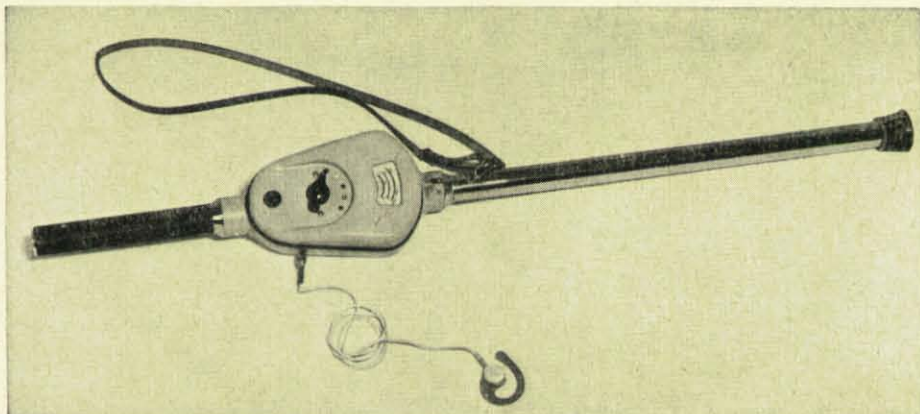
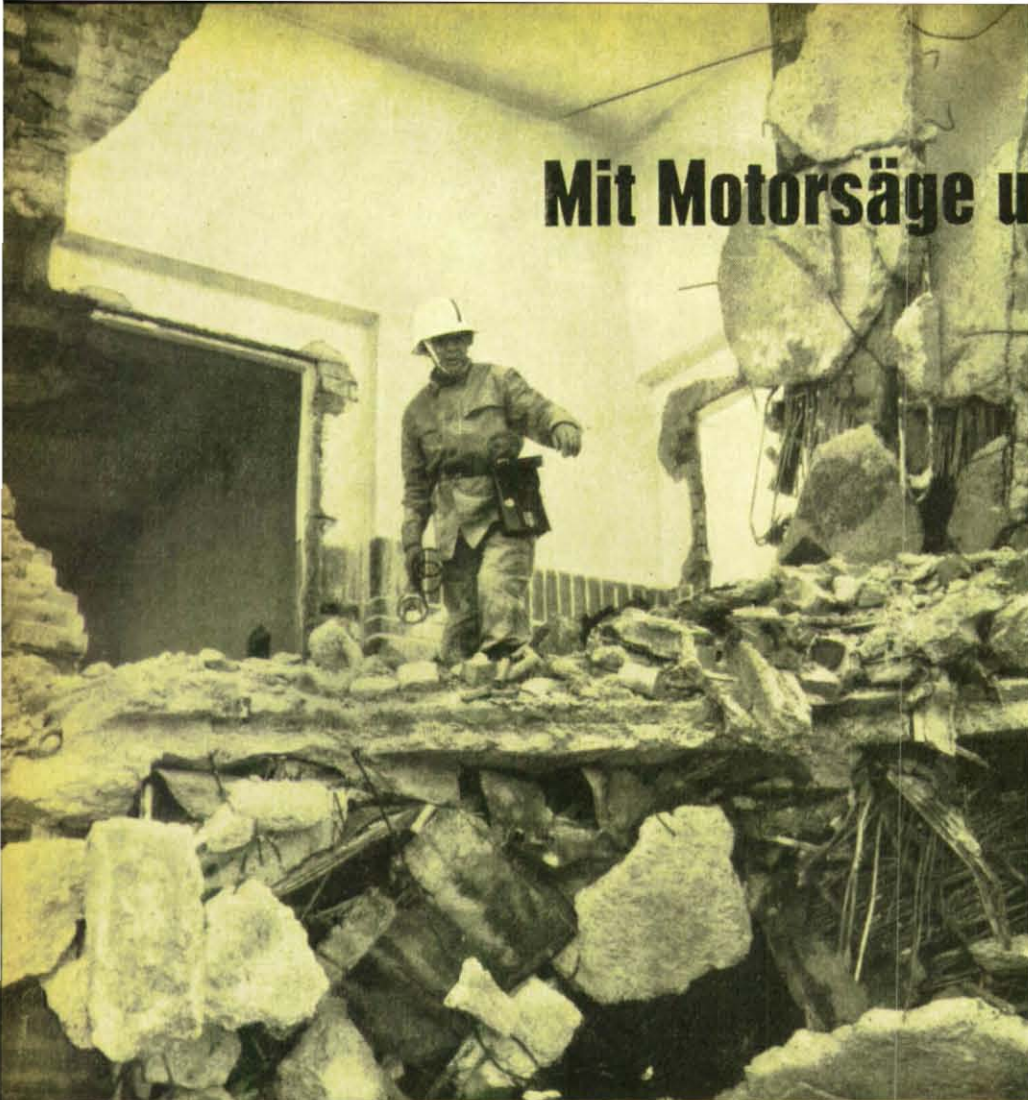


Abb. 7: „Teletektor-Total 6112“ (Total-Gerätebau KG, Ladenburg/Neckar)

Mit Motorsäge und Bohrhammer



130 LSHD-Helfer übten wirklichkeitsnah

Situationen zu meistern, wie sie durch Gasexplosionen, Erdbeben oder Luftangriffe jederzeit hervorgerufen werden können, ist der Zweck realistischer Übungen. Hier erkundet der Gruppenführer eines LS-Bergungszuges eine Schadensstelle, um sich zunächst einen guten Gesamtüberblick zu verschaffen.

Kennen Sie Alt-Mödrath? Wenn nicht, Sie brauchen sich den Namen dieses Ortes nicht zu merken. Es wird ihn bald nicht mehr geben. Dort, wo vor nicht allzulanger Zeit noch schicke Häuschen standen, wo in gepflegten Gärten Obst und Gemüse wuchsen, da finden Sie heute nur noch Häusertrümmer oder von Mensch und Tier verlassene Gebäude. Hier klappert ein abgerissener Fensterladen im Wind, dort quietscht eine Haustür, deren grüspaniger Messingknopf von keiner fleißigen Hausfrauenhand mehr auf Hochglanz poliert werden wird. Alt-Mödrath ist ein totes Dorf. Nur die Vögel in den von Unkraut

überwucherten Gärten zwitschern lauter denn je. Bald werden auch sie hier nicht mehr munter einherfliegen. Nicht einmal mehr Nester werden sie bauen können. Dort, wo jetzt das verlassene Dorf steht, wird bald ein großes schwarzes Loch gähnen. Denn immer weiter fressen sich die Riesenbagger der Rheinischen Braunkohle AG im nordrhein-westfälischen Landkreis Bergheim an der Erft in das Land hinein. Die abbruchreifen Häuser jedoch sind ideale Objekte zu realistischen Übungen der LSHD-Fachdienste des Regierungsbezirks Köln, die, wie der Bericht zeigt, bereits vorbildlich zusammenarbeiten.



Dieses tragbare, für Katastrophenfälle aller Art geeignete Brennschneidegerät kann selbst an schwer zugänglichen Stellen mühelos eingesetzt werden.

Links: Zur technischen Ausrüstung der Fachdienste des LSHD gehört auch das unentbehrlich gewordene Handfunk-sprechgerät FuG 6. Daneben: Feuer und starke Rauchentwicklung behindern die Lösch- und Bergungsarbeiten der Übung, machen sie aber gerade deshalb so realistisch und lehrreich.



Seit 1890

Notstandswasserversorgung

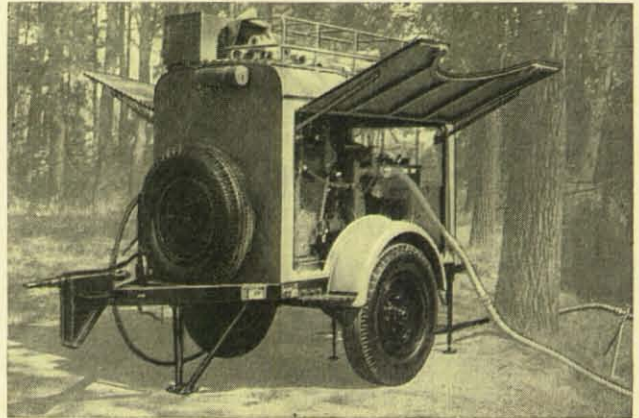
Berkefeld - Trinkwasserbereiter — fahrbar, stationär, verlastbar —

Berkefeld - Terratomverfahren zur Aufbereitung ABC-verseuchter Wasser

Berkefeld - Zisternenwasseranlagen zur Entkeimung und Entstrahlung

Berkefeld - Filterkerzen zur Wasserentkeimung

◀ Berkefeld-Zisternenwasseranlage, Typ WA 100/1



Trinkwasserbereiter mit elektrolytischer Chlorerzeugung 10 m³/h. Eingeführt zur Truppenwasserversorgung und zum Bevölkerungsschutz in vielen Ländern.

Berkefeld Filter GmbH Celle

FS: 09 2577, Tel.: 8011

Aus dem weiteren Lieferprogramm:

| | |
|-----------------------------------|------------------------------|
| Wasseraufbereitungsanlagen | Anschwemmfiltration |
| zur | in der |
| Entsäuerung | Entscheidung |
| Entmanganung | Vollentscheidung |
| Entchlorung | Entkarbonisierung |
| Enthärtung | Kreislaufwasserführung etc. |
| | Badwasseraufbereitung |

Höhepunkte der Ausbildung für Führungskräfte und Helfer im Luftschutzhilfsdienst sind die Durchführungen von Luftschutzübungen. Bei diesen Übungen mit wirklichkeitsnaher Darstellung wird der allgemeine Ausbildungsstand aufgezeigt. Führer und Unterführer müssen beweisen, ob sie in der Lage sind, die ihnen gestellten Aufgaben zu lösen. Neben der manchmal etwas eintönigen theoretischen und praktischen Grundausbildung erfreuen sich „lebensnahe“ Übungen bei den freiwilligen Helfern großer Beliebtheit. Das ist nur zu verständlich, wenn man bedenkt, daß jeder einmal seine erworbenen Fähigkeiten zeigen möchte. Wie er sein Gerät be-

herrscht, wie er Menschen in schweren Situationen helfen kann. Die stille, opferbereite Einstellung aller Helfer wird von der Öffentlichkeit leider zumeist erst dann anerkannt, wenn echte hilfreiche Taten notwendig wurden. Es liegt in der Natur der Sache, daß kein Helfer, der sich für Hilfeleistungen im Katastrophen- oder Verteidigungsfall ausbilden läßt, wünschen kann, daß dieser Fall eintritt. Die Helfer der behördlich geführten Luftschutzhilfsdienste sind auf Übungen angewiesen. Um eine Lage darzustellen, wie sie sich nach einem Luftangriff ergibt, bedarf es jedoch mehr als nur des Vorstellungsver-





Oben: Das Löschen des Übungsbrandes war für die Züge der in Bergheim stationierten 51. LS-Feuerwehrbereitschaft ein Werk von Minuten. Unten: Wo Menschenkraft nicht ausreicht, leistet diese Hydropresse mit einer Traglast von 20 Tonnen wertvollen Dienst.



Unten: Ein Verbandsplatz wird in unmittelbarer Nähe der Schadensstelle errichtet. Der Großraumkrankenwagen wird nach Entladen der Sanitätskisten zum Abtransport von „Verletzten“ eingesetzt. So werden ärztliche Versorgung und Betreuung sichergestellt.

Oben: Die Gerätekraftfahrzeuge des LS-Bergungsdienstes nachhalten alle die technischen Hilfsmittel, die nach Katastrophen oder Schadenswirkungen durch Kriegereignisse benötigt werden, darunter auch Geräte, die zum Abtransport von Gefallenen dienen (unten).



mögens. Besonders die Schadensdarstellung ist neben den sonstigen organisatorischen Vorarbeiten wie Leitungs- und Schiedsrichterdienst usw. ein Problem. Wo stehen einem LSHD-Ausbildungsleiter die Schadenselemente und die Anzahl von Verletzendarstellern zur Verfügung, die den Übungseinsatz von mehreren LSHD-Bereitschaften rechtfertigen könnten? Die an Bundes- und Landesausbildungsstätten vorhandenen Übungsanlagen werden von diesen selbst benötigt. Darum wird es besonders begrüßt, wenn gelegentlich große, abbruchreife Gebäudekomplexe bekanntwerden, deren Eigentümer die Zustimmung zur Benutzung als Übungsobjekt geben.

Übungslage und Aufgaben

Die Rheinische Braunkohle AG in Landkreis Bergheim stellte dem Regierungspräsidenten in Köln für die Luftschutzhilfsdienste seines Bezirks ein derartiges Übungsgelände zur Verfügung. Es handelte sich um Gebäude in Alt-Mödrath, die im Zuge des Abbaus von Braunkohle abgerissen werden. In diesem Gelände fand eine Luftschutz-Einsatzübung statt, an der 2 Züge der in Landkreis Bergheim stationierten 51. LS-Feuerwehrbereitschaft sowie je 1 Zug der 51. LS-Bergungsbereitschaft und 51. LS-Sanitätsbereitschaft, beide aus dem Landkreis Euskirchen, beteiligt wurden. Mit den Verletzten-



Links: Hölzer, zum Abstützen von Mauerwerk oder Decken, die infolge Zerstörung einzustürzen drohen, werden schnell mit der leichten Ein-Mann-Motorsäge auf Maß geschnitten. Unten: Ist Eile geboten, um an Verschnittene heranzukommen oder sie mit Sauerstoff zu versorgen, wird zu Mauerdurchbrüchen ein Gesteinsbohrhammer eingesetzt.





Links: Betoneisen, Leitungsrohre und andere metallene Gegenstände, die den Luftschutz-Bergungshelfern bei ihren Arbeiten im Wege sind, können mit dem Brennschneider Stück um Stück herausgeschnitten werden.

eines Großbrandes wird nicht immer auf Anrieb klappen. Auch auf die Notwendigkeit von Absperurmaßnahmen gegen allzu interessierte „Zaungäste“ sowie die erforderliche Anwesenheit von zumindest einem Vertreter der Ordnungsorgane muß hingewiesen werden. Für die Übungsleitung, Führer und Helfer der beteiligten Einheiten war es der erste gemeinsame Einsatz von LS-Brandschutz-, LS-Bergungs- und LS-Sanitätsdienst im Regierungsbezirk Köln. Es wurden wertvolle Erfahrungen gesammelt, die sich bei weiteren geplanten Ausbildungsvorhaben bezahlt machen werden. Der Eifer und die Einsatzfreudigkeit der ehrenamtlichen und freiwilligen Helfer waren eindrucksvoll. Dieser einhelligen Meinung waren auch die Vertreter der Bezirksregierung Köln sowie der Landkreisverwaltungen Bergheim und Euskirchen, die als Sachkundige und für den Aufbau des Luftschutzhilfsdienstes Verantwortliche der Übung beiwohnten. Es bleibt zu hoffen, daß dieses Beispiel Schule macht und den Helfern in anderen Gegenden der Bundesrepublik ähnliche Übungsmöglichkeiten geboten werden.

Heinz Günter Albrecht

darstellern waren rund 130 Helfer eingesetzt. Als allgemeine Übungslage war ein mit herkömmlichen Spreng- und Brandbomben erfolgter Luftangriff angenommen. Es wurde zugrunde gelegt, daß die Bewohner vor dem Angriff gewarnt worden waren und daß während des Einsatzes des Luftschutzhilfsdienstes keine weiteren Angriffe erfolgen. Zu den Übungsaufgaben gehörte: der Kraftfahrzeugmarsch von den Standorten auf vorgeschriebenen Straßen zur Schadensstelle, die Bekämpfung von Bränden, das Heranleiten von Löschwasser über größere Entfernungen, die Bergung von verschütteten Personen, Erste-Hilfe-Leistung, der Aufbau eines Verbandsplatzes und

das Abtransportieren von Verletzten in Großraumkrankenwagen. Darüber hinaus sollte das Zusammenwirken der einzelnen Fachdienste geübt werden.

Man lernt nie aus

Die Übung lief im großen und ganzen so ab, wie sie von der Leitung vorgesehen war. Selbstverständlich traten die üblichen Pannen auf, die, und darüber sollte sich niemand täuschen, auch in Ernstfällen nicht zu vermeiden sind. Im übrigen erwiesen sich die Hilfsaktionen als verhältnismäßig glatt durchzuführen, während die Schwierigkeiten mehr bei der „Darstellung“ lagen. Das „Einbauen“ der Verschütteten in die verschiedensten Trümmer-Lagen und Gebäudeteile, ja selbst das Entfachen

Luftschutz-Hausapotheken Luftschutz-Verbandkasten Luftschutz-Sanitätstaschen

W. SÖHNGEN GmbH
Spezialfabrik
für Sanitäts-Ausrüstungen

Wiesbaden-
Schierstein
Postfach 580



Wo fehlt eine?

Bei uns alle Schreibmaschinen.
Riesenauswahl,
stets Sonderposten. - Kein
Risiko, da Umtauschrecht.
Kleine Raten. Fordern Sie
Gratiskatalog C 26

NÖTHEL GM Deutschlands größtes
BH Büromaschinenhaus
Göttingen, Weender Straße 11

die
**demokratische
Gemeinde**

Das führende
kommunalpolitische
Fachorgan

Unentbehrlicher Ratgeber
für jeden Kommunalpolitiker
und Kommunalbeamten

Erscheint monatl., Prs. pro Heft 1,50 DM
Fordern Sie unverbdl. Probeexemplare

die
**demokratische
Gemeinde**

DIE DEMOKRATISCHE GEMEINDE · BAD GODESBERG · POSTFACH 910

Stadt im Stahlgewitter

Von Manfred P. Vogt

4. Teil



Die letzte Folge schloß: Aus den Tiefen der Keller, aus den Türen der Bunker strömten müde, abge-spannte Menschen. Angstvolle Blicke der Heimkehrenden tasten die Häusermauern ab. Nur ein Gedanke bewegt sie alle: Was werden wir von unserem Heim noch vorfinden? Auf einigen Plätzen und in Grünanlagen steht hastig geborgener Hausrat, auf dem alte Leute und Kinder sitzen. Hier herrscht die Stille lautloser Tränen. Selbst Männer in Uniform, die soeben noch unter Aufbietung ihrer ganzen Energie gegen Rauch, Feuer und Phosphor ankämpften, dämpften ihre Stimme, wenn sie den Leuten, die auf den angesengten Polsterstühlen, auf dem im Grase liegenden Bettzeug oder auf Kasten und Koffern sich ausruhen, eine Nachricht bringen oder Worte des Trostes sagen.

In der LS-Leitung atmen die Männer auf. Alle Löschkkräfte der Stadt und die zusätzlich angeforderten Hilfskräfte haben bisher ohne Pause im Einsatz gestanden. Es wird Zeit, daß sie etwas Ruhe finden, denn auch ihre Kräfte sind nicht unerschöpflich. Aber noch ist nicht daran zu denken! Wieder schrillt das Telefon, wieder hebt der Wachtmeister ab und wiederholt dann deutlich die Meldung aus dem Stadtteil Hemshof:

„Frankenthaler Straße beim Roten Kreuz gesperrt wegen Blindgängerfahrr. Häuteverwertung und Bruchwiesenstraße ebenfalls wegen Blindgänger gesperrt. Ende!“ Der LS-Offizier nickt, blickt auf die Uhr und fügt hinzu: „Es ist jetzt genau fünf Uhr.“ Allmählich können die ersten Löschzüge zurückgezogen werden. Die Männer sind abgekämpft und todmüde. Verletzte hat bisher nur die Brandbekämpfung im Tanklager gekostet. Dort ist ein Angehöriger der Feuerschutzpolizei mit einem Mann vom Hilfsdienst von einer acht Meter hohen Mauer abgestürzt. — Man atmet auf in der Luftschutzzentrale. Es scheint für diesmal ziemlich gut gegangen zu sein — wenn es bei diesen beiden Verletzten bleibt. Aber was sollte jetzt wohl noch geschehen? Erneut läutet das Telefon. 5.20 Uhr ist es. Der Fernspruch wird wiederholt, Wort für Wort:

„In Schauerheim brennen etwa 25 Scheunen. In drei bis vier Wohnhäusern Brände gelöscht. Zwei Pferde tot. Zahl der Obdachlosen noch nicht bekannt.“ Die anwesenden Dienstgruppenführer und Offiziere der Schutzpolizei wenden sich wieder einem Melder

zu. Der setzt seinen Bericht fort, wo er gerade vom Telefon unterbrochen wurde: „Die Teile des feindlichen Flugzeuges liegen zerstreut auf dem Gelände zwischen Schlachthof, Bayreuther Straße, Frankenthaler Straße, Roter Kreuzweg und Friedhof. Dort sind auch die fünf toten Besatzungsangehörigen gefunden worden.“

Eine Stunde später ruft Luftwaffenmajor Schäfer beim Luftschutz-Sachbearbeiter der Stadt an:

„Eschkopfweg 40 wurden fünf Tote geborgen!“

Der aufgehenden Sonne sind an diesem Morgen noch die roten Flammen entgegengelodert, und träge Rauchwolken verhindern dem Licht Zugang zu den von stickigem Qualm erfüllten Straßenschluchten. Nur aus den Schloten der I. G. Farben quirlte ruhig wie seit Monaten der Rauch der Kesselfeuer. Nicht eine Bombe hat in dieser Nacht das Riesenwerk getroffen. — Nun, kurz nach sechs Uhr, sind die Brände gelöscht oder zumindest eingedämmt. Mut und Tapferkeit haben die entfesselten Flammen wieder unter Kontrolle gebracht. Nur im Tanklager schickt der Großbrand noch immer Feuer und dichten Qualm gen Himmel.

★

Schon einen Tag nach dem Angriff ist der Straßenbahnverkehr zwischen dem großen Tor der I. G. und Oppau und nach der Ruthenstraße bis Jahnsaal wiederaufgenommen, ferner zwischen Marienkirche und Friesenheim, Oggersheim und Friedhof und zwischen Knollstraße und Bahnhof Mundenheim. Auch die Rhein-Haardt-Bahn kann von Bad Dürkheim bis zum Roten Kreuz fahren. Die planmäßigen Omnibuslinien verkehren alle wie vormals.

Im Wehrmachtsbericht aber wird nach dem Angriff nur Mannheim genannt. „Es entstanden Brandschäden in den Wohngebieten. Die Bevölkerung hatte geringe Verluste...“ sagt der Rundfunksprecher, und kopfschüttelnd wenden sich die Ludwigshafener von den Lautsprechern ab.

Suche nach Angehörigen

Zahlreiche Menschen stehen im rauchverhangenen Morgengrauen des 6. September vor den Ruinen ihrer Wohnungen und Betriebe. Auswärtige Arbeiter müssen an diesem Vormittag weite Strecken zu Fuß zurücklegen. Wenn sie dann vor den trümmerbedeckten und von Bomben aufgewühlten Straßen der betroffenen Stadtteile stehen, möchte ihnen der Mut zum Weitergehen schwinden. Mühsam gehen und klettern sie dennoch weiter. Sie wissen, wieviele Kollegen im Werk sehnlichst die Ablösung erwarten; Männer, die noch völlig im Ungewissen sind über das Schicksal ihrer Familien.

Vor den Toren der Industriebetriebe stehen Frauen. Verstaubt sind ihre Kleider und Schuhe; auf ihre Gesichter und Hände haben sich Rußteilchen gesenkt. Aus ihren müden Augen flackert Unruhe. Ihre Hände, die vielfach ein leise weinendes Kind stützen, zittern zuweilen.

Hin und wieder kommt ein Mann aus dem Werk. Dann leuchten ihm zwei Augen glücklich entgegen, während sich

andere fragend und voller Sorge auf ihn richten. Dann werden Namen genannt. Der Mann nickt, sagt: „Er kommt noch“ oder „Ich weiß nicht“ oder zuckt nur mit den Schultern. Dann gleiten die Augen der Frauen von seinem Gesicht ab und starren wieder unter schweren Lidern auf das Tor. Bis der nächste heraustritt.

Überall sind Menschen unterwegs, um in den betreffenden Stadtteilen nach dem Ergehen von Angehörigen und Freunden zu forschen. Manchmal geben ihnen ein paar Worte — mit weißer Kreide auf die Mauerreste geschrieben — einen Hinweis, oder die Ausgebombten sitzen auf wenigen geretteten Habseligkeiten inmitten der Straße und schauen verzweifelt auf die noch rauchenden Trümmer, sofern sie nicht noch unter Schutt und in Kellern nach ein wenig Hausrat suchen.

In vielen Bezirken aber brennen die Häuser noch. Dort sind Männer der Feuerwehr bemüht, das Übergreifen der Brände zu verhindern und zu retten, was noch nicht von den Flammen erfaßt wurde. Die Bewohner gehen ihnen zur Hand, soweit sie es können. Mit nassen Tüchern, die sie um Kopf und Hände geschlungen haben, versuchen sie, sich gegen Hitze und Glut zu schützen, immer bedacht, nicht von einstürzenden Mauern oder brennendem Gebälk getroffen zu werden.

Wie in den Wohnvierteln ist man auch in den Industrie- und Handwerksbetrieben noch längst nicht überall Herr des Feuers geworden. Drei Flächenbrände, 950 Großbrände, 600 mittlere und 300 Kleinbrände sind vom Luftschutz seit dem vierzig Minuten währenden Angriff gezählt worden, davon allein in der Industrie 139.

Schwerste Schäden werden bei der Isoliermittelfabrik Grünzweig & Hartmann festgestellt, bei der Chemischen Fabrik Raschig, bei den Ludwigshafener Ziegelwerken, bei Fasig & Sohn und bei Weiß & Rameier. Ferner sind verschiedene Kaufhäuser, Banken und Handwerksbetriebe total zerstört worden, ebenso die Paketumschlagstelle und die Reparaturwerkstätte der Reichspost, mehrere Dienstgebäude und Waggon der Reichsbahn, die Privatklinik Dr. Meder und auch die Luther- und die Christuskirche.

Die IG-Farben-Industrie meldet Produktionsausfall durch Stromausfall, in der Pfälzischen Preßhefen- und Spiritfabrik muß die Produktion zum Teil ausfallen, jedoch für längere Zeit, und auch die Pfälzische Maschinenfabrik C. Platz, die Firma J. A. Benckiser und die Knoll AG berichten von Einschränkungen der Produktion infolge mittlerer oder schwerer Schäden.

Seit 5 Uhr morgens wird wenigstens das Wasserwerk wieder mit Strom versorgt, so daß die beinahe lahmgelegte Wasserversorgung der Stadt wieder gesichert ist und wieder Wasser für Löschzwecke zur Verfügung steht. Noch im Laufe des Montags sollen die weniger betroffenen Stadtteile wieder Strom erhalten. Dennoch wird der Straßenbahnverkehr noch für Tage unterbunden sein, so groß sind die Zerstörungen an Oberleitungen und Schienenweg.

Den ganzen Tag über sind die Lösch-

und Bergungsarbeiten im Gange. Immer neue Patienten bekommen die Ärzte, Helfer und Helferinnen der fünf Rettungsstellen. Alle Hände, die zufassen wollen, werden gebraucht, um den vielen Verletzten Hilfe und Linderung ihrer Schmerzen zu bringen.

Ratschläge

für die Stadtbevölkerung

Die neuen britischen und amerikanischen Riesenbomber sind nicht bloß imstande, immer tiefer ins Deutsche Reich vorzustößen, sie können sich auch länger über ihrem Ziel aufhalten, und vor allem: sie können viel mehr und viel schwerere Bomben befördern.

Hier einige Ratschläge an die Stadtbevölkerung für Herbst und Winter. Sie stammen aus den Erfahrungen, die England gemacht hat.

1. Achtung auf das Leitungswasser nach einem Luftangriff! Gewöhnlich sind nach einem Treffer auf die Hauptstraße die Wasserrohre beschädigt, und das Leitungswasser kann durch die Kanalisation verunreinigt werden.

2. Kein Luftschutzkeller ohne Stahlstützen!

Kein Luftschutzraum bietet Schutz gegen einstürzende Gebäude, wenn er nicht durch stählerne Träger und Streben abgesteift ist.

3. Haltet die Badewannen stets voll Wasser!

Eine Stadt, deren Hauptwasserleitung bei einem Luftangriff beschädigt würde, ist bei einem zweiten Angriff mit Brandbomben ganz besonders gefährdet. Das beste Mittel, eure Wohnungen zu schützen, ist eure Badewannen immer voll Wasser zu haben.

4. Kümmert Euch jetzt um eine Winterwohnung außerhalb der Gefahrenzone!

★

Am Samstag, dem 11. September 1943, findet morgens um 11 Uhr in der Geschäftsstelle des Einzelhandelsverbandes eine improvisierte Besprechung statt. Fünfunddreißig Textil- und Schuhhändler sowie einige andere Einzelhändler sind in der Bismarckstraße 83 zusammengekommen. Es gilt schwierige Probleme zu meistern.

Rund 50 000 Menschen sind in der Nacht zum Montag obdachlos geworden. Sie alle brauchen neue Kleidung und neues Schuhwerk. Aber sehr viele Einzelhandelsgeschäfte sind bei diesem Angriff zerstört worden oder ausgebrannt. Nur ein Teil von ihnen hat schon wieder — meist in Auswechsläden — mit dem Verkauf begonnen. Einige werden in den nächsten Tag erst soweit sein.

Man erörtert zunächst die Versorgung mit Schuhen. Sie scheint im Rahmen des Möglichen gesichert zu sein. Nach Angaben der anwesenden Schuhhändler stehen im Augenblick für den Verkauf etwa 32 000 Paar Schuhe zur Verfügung. Weitere Mengen können gegen die vorgeschriebenen Bestellscheine sofort vom Lager des Lieferanten abgerufen werden.

Etwas schwieriger dürfte sich die Textilversorgung gestalten, weil die größeren Textilgeschäfte sich in den am schwersten betroffenen Stadtteilen befanden und nahezu alle zumindest schwere Schäden aufweisen. Den Tex-

tilhändlern wird es daher zur Auflage gemacht, ihre Ausweichlagerbestände sofort nach Ludwigshafen zu verbringen und ihre vorhandenen Waren unbegrenzt zum Verkauf zu bringen.

Einen Lichtblick bedeutet dabei die Mitteilung der Bezirksfachgruppe, daß die Reichsstelle in Berlin 5000 Ausstattungen zur Verfügung gestellt hat. Ein Drittel dieser Menge befindet sich im Lager in Grünstadt und ist für die Stadt Ludwigshafen bestimmt, der Rest für die Evakuierten.

Durch die Straßen laufen die Leute, Ausgebombte und solche, die ihr Heim vorerst noch besitzen. Sie nehmen es als selbstverständlich hin, daß eine Großstadt wie Ludwigshafen auch in Tagen solcher Not reibungslos mit Lebensmitteln und den Gütern des täglichen Bedarfs beliefert wird. Wer ahnt schon, welch sorgfältig eingespielter Apparat und welche Erfahrungen notwendig sind, um ihre Forderungen erfüllen zu können — mögen sie auch kriegsmäßig bescheidener sein als in normalen Zeiten!

Das Jahr neigt sich zum Ende

Immer neue Angriffe im Schutze der Dunkelheit muß das schwergeprüfte Ludwigshafen erdulden. Immer wieder heulen die Sirenen Warnung vor Gefahr über die Dächer der Stadt.

Noch im gleichen Monat, nachdem der schwere Angriff gerade erst überstanden ist, fliegen neue Wellen feindlicher Bomber die Stadt am Rhein an.

24. September 1943, zwischen 22.14 und 0,10 Uhr: Binnen vierzig Minuten hatten annähernd vierhundert Bomber 15 Minenbomben, 211 Sprengbomben, 5000 Phosphorbrandbomben und 30 000 Stabbrandbomben abgeworfen, hauptsächlich auf das Gebiet der IG-Farben-Industrie und auf den Raum Oppau-Edigheim.

Im Werk Oppau fiel die Stickstofffabrik mit angeschlossenen Betrieben aus. Die Produktion in der Bunafabrik wurde vorübergehend unterbrochen. Zahlreiche Scheunen mit Erntevorräten und Ställe mit dem Vieh darin brannten in Oppau selbst ab, wo auch zwei Kirchen total zerstört wurden.

Da das Gelände des Hauptbahnhofs Ludwigshafen ebenfalls stark mit Brandbomben belegt wurde, geriet das Bahnhofsgebäude in Brand und erlitt schwere Schäden. Außerdem wurde das Gebäude der Personalunterkunft total zerstört. Doch auch das Hafengebiet wurde erneut betroffen, und zahlreiche Schiffe erhielten teils schwere, teils leichtere Treffer.

An Wohn- und Geschäftshäusern, Kirchen, gewerblichen und Industriebauten verzeichnet der amtliche Bericht insge-

samt 314 Totalschäden in dieser Nacht sowie 767 schwere und mittlere Schäden und 2150 leichte Schäden. Ferner wurden 61 Großbrände, 175 mittlere und 2121 kleine Brände gezählt.

Als morgens um 6.35 Uhr die Bevölkerung nochmals in den Keller muß, erreicht die Beunruhigung der Einwohner der noch brennenden Stadt ihren Höhepunkt. Vierzig Minuten werden zu einer Ewigkeit. Dann erfolgt Entwarnung. Die feindlichen Verbände sind vorbeigeflogen.

Von hundert Hitlerjungen, die sich in Oppau-Edigheim im Einsatz befanden, wurden sieben Opfer der Bomben. Vier von ihnen — im Alter von 17 Jahren — fanden als Luftwaffenhelfer den Tod. Drei weitere Jungen starben im Alter von nur 15 Jahren. Als Angehörige des Hilfstrupps Oppau wurden sie auf dem Wege zur Einsatzstelle durch eine Sprengbombe verschüttet und getötet.

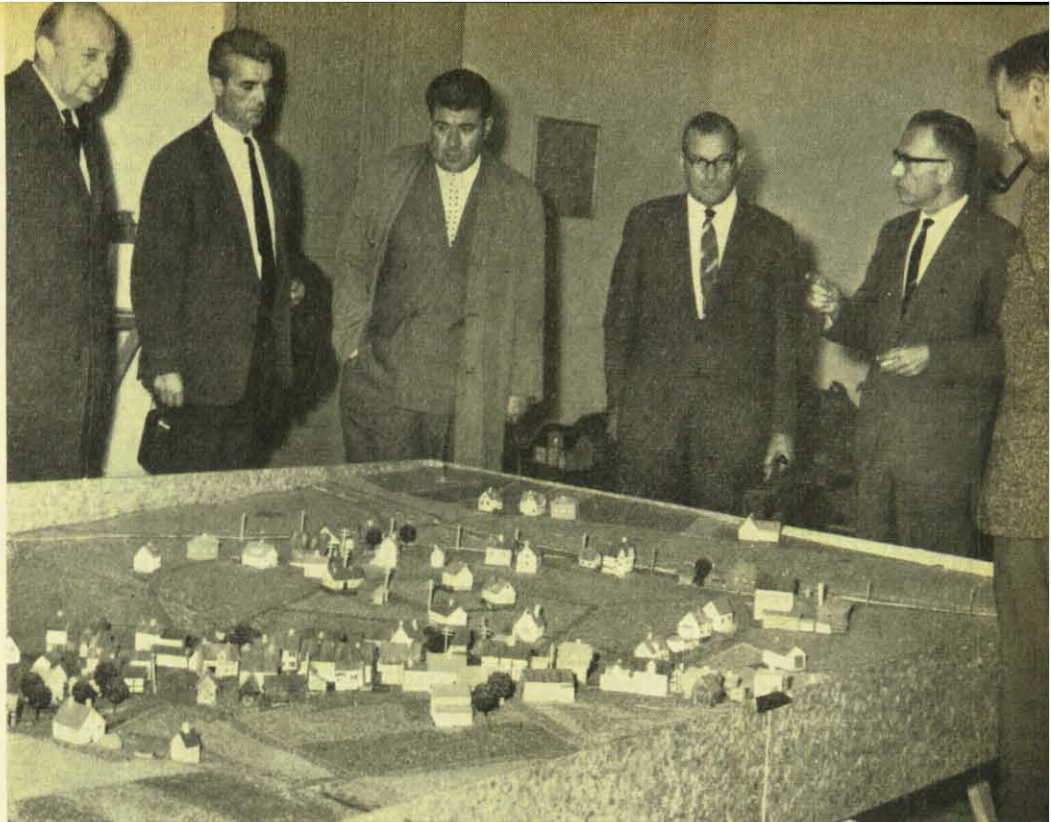
Und weiter geht das Leben und weiter der Krieg. Immer kritischer wird die Situation für die Bevölkerung. Immer unruhiger gehen die Menschen des Abends zu Bett, denn jede Nacht kann einen noch schlimmeren, noch vernichtenderen Angriff bringen. Was die Zeitungen nicht berichten, das geht von Mund zu Mund weiter.

(Wird fortgesetzt)

Die Wirkung von Brandbomben: So sah es in der katholischen Kirche in Neckarau nach einem Angriff am 10. August 1943 aus.



Die Schweizer Delegation besichtigt in der BLVS-Bundesschule, Waldbröl, ein Planspielmodell. V. l. n. r.: Der Leiter der Bundesschule H. G. Meyer; der Leiter der Kantonalen Zivilschutzstelle Bern, Comment; der Leiter der Kantonalen Zivilschutzstelle Zürich, Forrer; der Leiter der Schweizer Delegation, Oberst i. Gst. Fischer; Fritz Wagner, Bundesschule Waldbröl und Major i. Gst. Möri.



Ohne Schutzraum geht es nicht

Delegation der Eidgenossen zu Gast beim BLSV

Anlagen, die für die Ausbildung der Selbstschutzkräfte geschaffen worden sind, fanden bei den Schweizer Gästen reges Interesse.

Die Schweiz ist neutral. Seit 150 Jahren war sie in keinen Krieg verwickelt. Wie kommt es, daß ausgerechnet in einem solchen Lande so großes Gewicht auf den Zivilschutz gelegt wird?

Diese Frage mag sich schon mancher gestellt haben, der mit Verwunderung Kenntnis von den ungewöhnlich umfassenden Vorsorgemaßnahmen erhielt, die unser südlicher Nachbar bisher getroffen hat und immer wieder aufs neue, der jeweils gegebenen Lage moderner Waffentechnik angepaßt, trifft.

Wir hatten Gelegenheit, uns über diese und über zahlreiche andere Fragen des Zivilschutzes mit den Angehörigen einer siebenköpfigen Schweizer Delegation zu unterhalten, die unter Leitung von Oberst i. Gst. Ernst Fischer, dem Beauftragten für Zivilschutz des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und Chef der Abteilung für Luftschutz aus Bern, die Bundesrepublik be-

suchte und dabei einige Tage beim BLSV zu Gast war.

Der Grund des Besuches? Man sprach ganz offen darüber. Die Schweizer Luftschutztruppe und der Zivilschutz benötigen neue Übungsplätze und neues Übungsgelände, ein „Übungszentrum“, sagte Oberst Fischer. Das wirft natürlich manches Problem auf. Und nun wollte man sich darüber informieren, wie diese Probleme in der Bundesrepublik, beim Bundesluftschutzverband, gelöst sind.

In der Bundesschule des BLSV in Waldbröl wollte man vor allem Übungsanlagen besichtigen und außerdem studieren, wie und nach welchen Gesichtspunkten die Ausbildung leitender Selbstschutzkräfte erfolgt. Weiter stand auf dem Programm ein allgemeiner Erfahrungsaustausch über die Erkenntnisse, die in jüngster Zeit für Zivilschutz und Zivilverteidigung gewonnen wurden.





Hier demonstriert ein BLSV-Helfer den Einsatz von Rettungshunden.



Die Schweizer Herren (v. l. n. r.: Major Bornhauser, Instruktions-Unteroffizier Simmen, Major i. Gst. Möri) überzeugen sich von der Leistungsfähigkeit der Tragkraftspritze TS 2/5.

Aber zurück zu unserer Frage: Warum legen die Schweizer so großes Gewicht auf den Zivilschutz?

Die Antwort gaben, wie auf alle unsere Fragen, stets mehrere Herren der Delegation. Sie umrissen dabei jeweils den Standpunkt des Ressorts, für das sie zuständig sind. Oberst Fischer faßte die verschiedenen Gesichtspunkte dann zusammen:

Man ist sich heute in aller Welt darüber im klaren, so sagte er, daß ein Staat im Kriegsfall nur erhalten bleiben kann, wenn Armee und Zivilverteidigung eng zusammenarbeiten. Soldaten werden nur kämpfen, wenn sie wissen, daß ihr Kampf einen Sinn hat, daß das, wofür sie kämpfen, zumindest in der Substanz erhalten bleibt. Diese Einsicht hat in den letzten Jahren ständig an Boden gewonnen und sich schließlich auch durchgesetzt.

Wir haben in der Schweiz das Glück

gehabt, erklärte Oberst Fischer, daß 1950 die Luftschutztruppe geschaffen wurde. Das war die denkbar beste Werbung für den Zivilschutzgedanken. Die Luftschutztruppe hat immer wieder überzeugend demonstriert, was alles getan werden muß und getan werden kann, um einer Katastrophe Herr zu werden. So konnte zugleich auch der Zivilbevölkerung eindringlich vor Augen geführt werden, daß ein wirkungsvoller Zivilschutz unumgänglich ist. Dadurch wurde auch die Bereitschaft zu einer Kaderausbildung im Zivilschutz, die in Anlehnung an die Ausbildung der Luftschutztruppe vorgenommen wurde, sehr gefördert.

Hinzu kommt dann die intensive und erfolgreiche Aufklärungsstätigkeit, die der Schweizerische Bund für Zivilschutz seit einigen Jahren betreibt und die in den Kaderkursen des Zivilschutzes den besten Nährboden besitzt.

Nicht unterschätzt werden sollte jedoch die Wirkung, die von der Rekrutenschulung in den Kasernen und der Schulung der Luftschutztruppe selbst ausgeht. Dort sind unsere Leute gründlich in die Thematik eingeführt worden. Sie haben gesehen und an praktischen Beispielen erlebt, wie auch schwierige Probleme zu lösen sind. Das hat echte Überzeugungen und eine positive Einstellung geschaffen, die dann wieder hinausgetragen wurde in das ganze Volk. Ich glaube, so sagte Oberst Fischer, das war die Wende: als man unserer Bevölkerung die Arbeit der Luftschutztruppe und den Sinn der Kaderausbildung des Zivilschutzes auf diese Weise nahebringen konnte.

Die Luftschutztruppe ist der Beitrag, den die Schweizer Armee für den Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegs- und Katastrophenfällen leistet. Ihre Einheiten sind nach bestimmten Gesichtspunkten einzelnen Städten fest zugeteilt. Als Teil der Armee ist sie mit leichten Infanteriewaffen ausgerüstet, die es ihr gestatten, notfalls sich selbst zu schützen und ihre Standorte zu verteidigen. Die Ausrüstung entspricht zu einem Teil der von Pioniereinheiten, zum andern Teil ist sie besonders auf die Rettung ausgerichtet. Gerade dieses moderne Material, dessen Zweckmäßigkeit sich im Einsatz der Truppe bewährte, hat die Sache des Zivilschutzes sehr gefördert, indem die guten Erfahrungen mithelfen, auch den Zivilschutz nach und nach

Gründlich untersuchen Oberst i. Gst. Klunge (links) und Major i. Gst. Möri den neuen Schutzkorb aus Drahtgeflecht für den C-Saugkorb.



mit der gleich guten Ausrüstung zu versehen. Es besteht einzig der Unterschied, daß der Zivilschutz unbewaffnet bleibt. Sein Ausbildungsstand wird aber mit der Zeit dem der Luftschutztruppen angepaßt werden können.

★

Und die Schutzbaupflicht, wie hat sie sich ausgewirkt? Die Schweiz gehört zu den wenigen Ländern, deren Schutzbauprogramm von der internationalen Fachwelt als vorbildlich bezeichnet wird. Wer trägt die Kosten und für wie viele Schweizer Bürger gibt es bisher Schutzräume?

Oberst Fischer: Nach unserer Meinung hat sie sich sehr gut ausgewirkt. Die Schutzbaupflicht besteht seit etwas mehr als zehn Jahren: für Neubauten und für Umbauten, soweit die Kellerräume mit betroffen sind. Diese Regelung — sie beruht auf einem Bundesbeschluß vom 21. Dezember 1950 — ist seit 1951 in Kraft. Auf Grund dieses Erlasses verfügt heute schon ein Drittel unserer Bevölkerung über Schutzräume, und jedes Jahr werden für ungefähr 150 000 bis 160 000 Menschen weitere Schutzräume geschaffen. Hinzu kommen die Schutzbauten, die für Kommandoposten, Alarmzentralen, Bereitstellungsräume, Sanitätshilfsstellen usw. benötigt werden. Mit ihnen sind weitere 200 000 bis 300 000 Menschen geschützt, vielleicht sogar noch mehr. Man darf also sagen, daß bald schon für die Hälfte aller Schweizer Bürger Schutzräume vorhanden sind. Dabei verbessert sich die Situation infolge der auch bei uns herrschenden Baukonjunktur außerordentlich rasch.

Mit der Einrichtung von Schutzräumen wurde schon während des letzten Krieges begonnen. Aber damals ging es in der Hauptsache darum, die vorhandenen Keller zu verstärken. Es bestand ja noch kein Grund, sich auch gegen Strahlen zu schützen, wie das heute leider nötig ist.

In der Schweiz ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß der Schutzraum die Basis jedes vernünftigen Zivilschutzes ist. Ohne Schutzraum kann man auch die Hauswehren nicht bereitstellen, und damit wäre jeder wirkungsvollen Aktion von Anfang an die Basis entzogen.

Darum hilft die Schweizer Bundesregierung auch großzügig bei der Finanzierung. Bund, Kantone und Gemeinden

subventionieren den Schutzraumbau insgesamt zu etwa zwei Dritteln, der Hausbesitzer trägt ungefähr ein Drittel der Baukosten; bei Schutzraumbauten in bestehenden Häusern betragen die Beiträge der öffentlichen Hand sogar 80 Prozent.

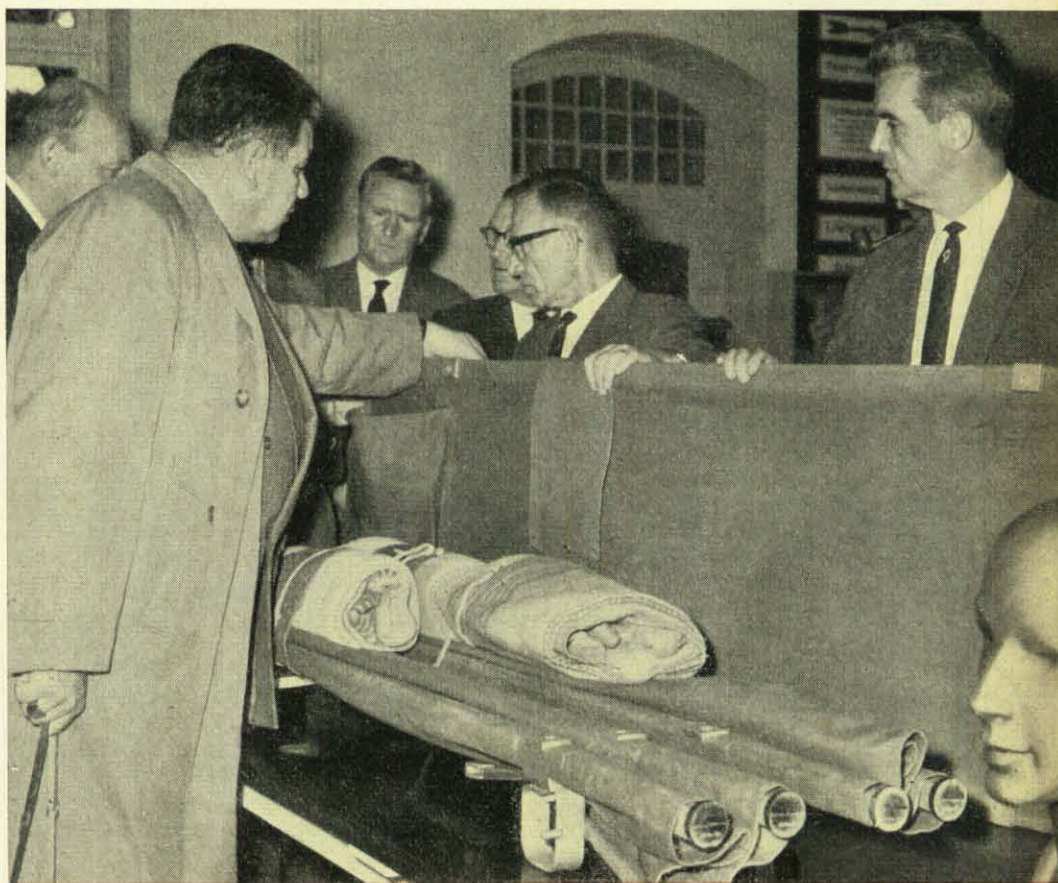
Oberst Fischer glaubt ebensowenig wie die übrigen Angehörigen seiner Delegation, daß ein Schutzsystem nur mit Großschutzräumen für die Schweiz einen Sinn hat. Er sagte: Wir sind ein kleines Land, wir müssen zusehen, daß unsere Bevölkerung bei Gefahr so schnell wie möglich die Schutzräume erreicht. Bei den modernen Waffen geht es ja schon nicht mehr um Minuten. Die Warnfristen schrumpfen mit der ständig größer werdenden Geschwindigkeit der Flugkörper immer mehr zusammen. Die Zeiten, in denen man nach der Warnung gemütlich in den Schutzraum spa-

zieren konnte, sind vorbei. Große Sammelchutzräume mit naturgemäß längeren Anmarschwegen dürften, wenn ernsthaft Gefahr im Verzuge ist, kaum noch rechtzeitig zu erreichen sein. Dagegen sind öffentliche Schutzräume unter Verkehrs- und Geschäftszentren in den Städten vorgesehen.

Aber auch, wenn die Schweiz nicht unmittelbar in einen evtl. Krieg verwickelt würde, wären sorgsam durchdachte Schutzmaßnahmen gegen radioaktive Niederschläge, die ja bekanntlich keine Grenzen respektieren, erforderlich.

Jedenfalls wollen die Schweizer allen Möglichkeiten gegenüber gewappnet sein: Eine Gruppe von Wissenschaftlern, zu einer Kommission zusammengefaßt, überwacht im Auftrage des Eidgenössischen Gesundheitsamtes — es untersteht dem Innenministerium — ständig die

Fortsetzung Seite 30



Auf dem Bild rechts oben wird die Ausrüstung einer Laienhelferstafel mit fachmännischen Augen begutachtet und lebhaft erörtert.

Die Besucher aus der Schweiz lassen sich über die verschiedenen Methoden des Schutzraumbaus, die bei uns empfohlen und auch angewandt werden, informieren.



Ein Lehrer der Bundesschule erläutert den Gästen die Ausrüstung eines Löschkarrens.



Landesstellen berichten

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Zum 75. Geburtstag von Prof. Dr. Klose

Am 21. Juli 1962 beging Prof. Dr. Klose seinen 75. Geburtstag. Gleichzeitig konnte er sein 50jähriges Doktorjubiläum feiern und auf eine 50jährige Tätigkeit beim Deutschen Roten Kreuz zurückblicken.

Prof. Dr. Klose, der im Jahr 1887 in Liegnitz/Niederschlesien geboren wurde und seine Ausbildung in der militärärztlichen Akademie und der Charité zu Berlin erhielt, hat sich im Laufe seiner langjährigen Tätigkeit insbesondere um die Seuchenbekämpfung, die hygienisch-bakteriologischen Forschungen und das allgemeine Gesundheitswesen verdient gemacht. Als ordentlicher Professor für Hygiene und Sozialhygiene an der Universität in Kiel konnte er sein reiches Wissen weitergeben. Während des 2. Weltkrieges war er als leitender Luftschutzarzt im Sicherheits- und Hilfsdienst der Stadt Kiel tätig sowie als beratender Hygieniker des Wehrkreises III. Noch heute ist Prof. Dr. Klose Mitglied der Kommission für internationale Quarantäne der Weltgesundheitsorganisation.

Prof. Dr. Klose blickt auf ein an Arbeit und Aufgaben reiches Leben zurück, dem der Erfolg nicht versagt blieb. Der Bundesluftschutzverband wünscht ihm die Erfüllung der ihm noch am Herzen liegenden Ziele im Interesse eines vorbildlichen Gesundheitswesens.

Fortsetzung von Seite 29

Radioaktivität der Luft, des Wassers und der Bodenoberfläche. Die Feststellungen der Kommission werden in den Zeitungen bekanntgegeben.

Im Ernstfall würde ein gut ausgebautes, modernes Warnsystem in Funktion treten. Seine Geräte geben bei einem bestimmten Stand der Radioaktivität Alarm. Meßgruppen, von ABC-Offizieren geleitet, hätten dann die Möglichkeit, sofort an Ort und Stelle weiterzumessen und geeignete Gegenmaßnahmen zu veranlassen.

In einem Kriege würde die Schweiz über ein zentrales Warnnetz mit Meßstellen in allen Orten verfügen können, die sich bei der Armee und in den Zivilschutzorganisationen befinden werden und zusammen ein engmaschiges Meßnetz bilden.

★

Dies sind einige der wichtigsten Punkte des Gesprächs, das mit der Schweizer Zivilschutzdelegation über die Situation in ihrem Lande geführt wurde. Leider müssen wir uns aus Platzmangel mit ihrer Wiedergabe begnügen. Wir glauben, daß aber auch diese „Kurzfassung“

einen Eindruck von dem großen Ernst und der Sorgfalt gibt, mit denen die Schweiz an die Probleme des zivilen Bevölkerungsschutzes herangeht.

Zum Abschluß des Besuches seiner Delegation sagte Oberst Fischer: Wir nehmen viel mit nach Hause, eine ganze Reihe von Anregungen, die wir übernehmen können. Einiges müssen wir in der Schweiz anders machen oder unseren Verhältnissen anpassen. Das bringt zum Teil schon die geographische Lage mit sich. Es ist ja die Aufgabe unserer Delegation, das herauszufinden.

Sie in der Bundesrepublik hatten mehr Erfahrungen als wir Schweizer. Sie sind hier außerordentlich aktiv. Das hat uns beeindruckt. Vor allem die Art, wie man bei Ihnen die Menschen für den Zivilschutz zu gewinnen sucht, wie man sie für ihre Aufgaben ausbildet und vorbereitet.

Wir hoffen, daß wir auch in Zukunft mit Ihnen zusammenarbeiten und Gedanken austauschen können. Es ist für uns beruhigend, zu wissen, daß wir im Ernstfalle nicht allein stehen, daß das Nachbarland ebenfalls vorbereitet ist und, soweit das heute möglich ist, allen Ereignissen, die auf uns zukommen können, gewappnet gegenübersteht...

H. D.

Die Ausstellung des BLSV auf der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftsschau

Wie im Vorjahr hatte der Bundesluftschutzverband auch diesmal auf der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftsschau, verbunden mit der Landestierschau, einen repräsentativen umfangreichen Ausstellungsstand aufgebaut.

Erstmals war auch der Filmwagen im Einsatz und fand reges Interesse.

Trotz des fast ununterbrochenen Regenwetters, trotz der Unruhe der Landbevölkerung, weil die Ernte noch nicht eingebracht war, wurde der Stand von ca. 10 000 Besuchern zur Beratung aufgesucht.

Die Arbeit in den Orts- und Kreisstellen im letzten Jahr hat ihre Früchte getragen. Der BLSV ist zu einem Begriff geworden. Viele Besucher erklärten, sie hätten uns auf dem alten Stand gesucht. Präzise Fragen über Futterbevorratung, Abschirmung der Ställe gegen radioaktive Niederschläge und Bau von Schutzräumen in vorhandenen Kellern wurden gestellt. Wünsche, den

Hof zu besichtigen und zu beraten, was getan werden muß, wurden sehr oft geäußert und von den Helfern notiert.

Wo Presse und Rundfunk negativ berichtet hatten, wurde an Hand von Beispielen und Anschauungsmaterial aufgezeigt, daß ein Schutz möglich ist. Nicht selten hörte man nach der Aufklärung: „Es ist wohl doch nötig, daß wir uns damit befassen.“ Die mit einer gewissen Skepsis kamen, gingen nach der Beratung mit Befriedigung und einem Aufatmen wieder vom Stand.

Bürgermeister und Amtmänner besuchten die Ausstellung und ließen sich eingehend informieren.

Der Stand des BLSV auf der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftsschau ist nicht mehr wegzudenken. Schleswig-Holstein, das Agrarland zwischen Nord- und Ostsee, ist auf die Hilfe des Bundesluftschutzverbandes angewiesen und es nimmt diese Hilfe dankbar an.



Bild links: Das Ausstellungszelt des Bundesluftschutzverbandes auf der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftsschau in Rendsburg. Bild rechts: Ein besonderer Anziehungspunkt für viele Besucher der Landwirtschaftsschau war der Stand „Baulicher Luftschutz“.



BREMEN

Der Aufklärungs- und Beratungsstand des BLSV auf der großen Herbstausstellung in Bremen

Es ist der Landesstelle Bremen zur Tradition geworden, sich alljährlich mit einem Aufklärungsstand an der Herbstausstellung auf der Bremer Bürgerweide zu beteiligen. Dieses Mal handelte es sich um eine Landmaschinen- und Baumaschinen-Ausstellung, die vom 25. 8.—2. 9. 1962 stattfand. Über 230 000 Personen besuchten trotz der ungünstigen Witterung das 90 000 qm große Ausstellungsgelände mit seinen 7 geschmackvoll hergerichteten Ausstellungshallen.

In der besonders sorgfältig ausgestalteten Halle A hatte die Landesstelle neben der Ausstellungsleitung ihren über 100 qm großen Aufklärungs- und Beratungsstand aufgebaut.

Die Thematik hatte drei Schwerpunkte: die Frau im Selbstschutz im Rahmen der Selbstschutzgemeinschaft, der Selbstschutzzug und die Ausrüstung seiner 3 Staffeln und die Schutztechnik im Selbstschutz. Selbstverständlich durfte der 35 qm große Filmraum nicht fehlen, in dem pausenlos Kurzfilme vorgeführt wurden.

Symbol für die Frau im Selbstschutz war eine Schaufensterpuppe in der Mitte des Ausstellungsstandes, die schlicht, aber zweckmäßig gekleidet das Gesamtbild beherrschte. In ihrer Nähe fand man praktische Ratschläge zur Lebensmittel- und Trinkwasserbevorratung. Die Rauchschutzbrille, die sie in der Hand hielt, und die umgehängte BLSV-Verbandsmitteltasche erinnerten an weitere Aufgaben im Selbstschutz. Wer näher hinsah, bemerkte auf dem Stuhl vor ihr Schutzhelm, Schutzhandschuhe und die neue, in der Erprobung befindliche Volksschutzmaske. Das Reich der Frau im Selbstschutz konnte im Anschluß daran unschwer interpretiert werden: denn Behälter für den unvermeidlichen Löschwasservorrat, Trinkwasserbehälter aus Kunststoff und Kunststoff-Folie, Schutzraumkoffer für das Notgepäck, handelsübliche LS-Hausapotheke und



Der Aufklärungs- und Beratungsstand der Landesstelle Bremen auf der Landmaschinen- und Baumaschinen-Ausstellung in Bremen.

BLSV-Verbandsmitteltaschen sowie je ein handelsüblicher Satz von Rettungs- und Brandlöschgeräten waren vorhanden.

Die „Frau im Selbstschutz“ zeigte mit einer Hand auf den Selbstschutzzug, als ob sie von dort Unterstützung erwarte, falls auch die nachbarliche Hilfe nicht ausreichen sollte. Besonderes Interesse fand das neue Gerät der Laienhelferstaffel, das auf hygienische Weise die Mund-zu-Mund-Beatmung zur Wiederbelebung gestattet. Auch die Strahlenmeßgeräte des Selbstschutzzugführers erregten Aufmerksamkeit und trugen zu einer gewissen Beruhigung bei.

Das Modell eines selbstschutzbereiten Hauses leitete zum Problem der Schutztechnik im Selbstschutz über. Zwei Modelle von Kellerräumen mit ihren Strahlungsschutzbauten und den entsprechenden Bauzeichnungen hatten bei den auf der Ausstellung anwesenden Baufachleuten — schließlich waren ja im Freigelände auch zahlreiche Baumaschinen ausgestellt — Zuspruch. Proben vorschriftsmäßigen Filtergrob-sandes und das Modell eines Grob-sandfilters fanden starke Beachtung. Dabei wurde auch der Schutzbau aus Fertigteilen an Hand von Fotografien erläutert und auf das Abschirmen radioaktiver



Verlangen Sie Informationsmaterial über das

KATADYN-VERFAHREN

zur Entkeimung und Bevorratung von Trinkwasser für Luftschutz und Katastrophenfälle

Amtlich geprüft und zugelassen
Geschmack- und geruchlos
Gesundheitsunschädlich

Wiederverkäufer und Provisionsvertreter für den Besuch von Behörden gesucht!

Deutsche Katadyn-Gesellschaft m.b.H.
München 12 Schäufeleinstraße 20

NIEDERSACHSEN

Erich Ebel im Ruhestand

Am 24. August 1962 wurde der Ortsstellenleiter der Stadt Braunschweig, Erich Ebel, in einer eindrucksvollen Feier in den Räumen der Ortsstelle verabschiedet.

Als Anerkennung seiner großen Verdienste um den Aufbau des BLSV, dem er seit 1953 angehört, überreichte Präsident Dr. Lotz, im Namen des Präsidiums, Erich Ebel die goldene Ehrennadel des BLSV.

In seiner Ansprache würdigte der Präsident die aufopfernde Pflichterfüllung, Gewissenhaftigkeit und Gerechtigkeit des am 1. September 1962 in den Ruhestand getretenen Dienststellenleiters.

Mit bewegten Worten dankte Erich Ebel für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen, mit denen er nicht gerechnet habe, da er seine Arbeit als selbstverständliche Pflichterfüllung betrachtet habe.

An der Feier nahmen außer einem Vertreter der Bundeshauptstelle, dem Dienststellenleiter, dem Leiter der Bezirksstelle und den engsten Mitarbeitern der Ortsstelle auch Persönlichkeiten des Verwaltungspräsidiums, der Stadt, des Deutschen

Roten Kreuzes, des Arbeitersamariterbundes, der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks teil.

Die Leitung der Ortsstelle Braunschweig hat seit dem 1. 9. 1962 Adolf Bertram, bisher Leiter der Kreisstelle Braunschweig-Land.

NEU! Chemie-WC NEU!

Völlig hermetisch schließende Neukonstruktion, 100 % hygienisch, leicht transportabel, großes Fassungsvermögen, geringer Platzbedarf, nicht rostend.

Auskunft und ausführlichen Prospekt durch

S.F.A. WERKSVERRETUNG ROLF WEBER

7 Stuttgart-Zuffenhausen
Franklinstraße 4, Telefon 84572

Strahlen durch Baustoffe aufmerksam gemacht. Bei dieser Gelegenheit lernten die Besucher die Handhabung von Dosimetern und Dosisleistungsmessern kennen.

Der Ausstellungsstand wurde in diesem Jahr so gestaltet, daß die Beratung über Selbstschutzmaßnahmen im Vordergrund stand. An etwa 80 000 Besucher konnten über 50 000 BLSV-Schriften verschiedener Art ausgegeben werden. Rückantwortkarten, die sich auf die Vormerkung für die nächste Grundausbildung im Selbstschutz und Beratungsfragen beziehen, gehen täglich bei der Landesstelle ein. Das ist ein Zeichen dafür, daß der Ausstellungsstand bei der Bremer Bevölkerung ein gutes Echo gefunden hat.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Oberstadtdirektoren werben bei ihren Mitarbeitern für den zivilen Bevölkerungsschutz

In seiner Eigenschaft als örtlicher Luftschutzleiter führt der Oberstadtdirektor von Essen mit Hilfe von BLSV-Sonderdrucken bei seinen Mitarbeitern eine Aufklärungs- und Werbeaktion für den zivilen Bevölkerungsschutz durch. Dabei gelangen folgende Schriften des BLSV zur Verteilung: „Der Selbsterhaltungstrieb befiehlt: Überleben!“, „Selbsthilfemaßnahmen im Haus“, „Die Wolke droht“.

Im Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung Köln Nr. 32 vom 2. 8. 1962 gibt der Oberstadtdirektor von Köln folgendes bekannt:

Als örtlicher Luftschutzleiter ist mir nach dem 1. Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. 10. 57 der Schutz unserer Kölner Bevölkerung vor Luftgefahren anvertraut.

So schwer das Erleben der Bombennächte aus der Vergangenheit auf vielen von uns noch lasten mag, so zwingend ist doch die Erkenntnis, daß wir aus Vorsorge im Interesse aller nichts unterlassen sollten, was unserem Schutz im Falle einer Gefahr nur irgendwie dienlich sein könnte.

Ein Teil der gesetzlich angeordneten Schutzmaßnahmen ist der Aufbau der Selbstschutzorganisation unserer Bevölkerung und ihre Unterweisung in allen Zivilschutzfragen. Die Durchführung dieser Aufgaben ist den Dienststellen des Bundesluftschutzverbandes übertragen worden. Für unseren Stadtbereich ist die Ortsstelle Köln, Norbertstr. 3, zuständig.

Der zivile Bevölkerungsschutz ist ein Anliegen, das jeden von uns angeht und vieler helfender Hände bedarf. Ich wende mich daher heute besonders an Sie, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mit der Bitte, sich mehr als bisher der Kölner Ortsstelle des Bundesluftschutzverbandes ehrenamtlich als Führungskräfte in der Selbstschutzorganisation zur Verfügung zu stellen. Auch eine rege Teilnahme mit Ihren Angehörigen an den Aufklärungs- und Unterweisungsabenden der Ortsstelle, die dem „Tageskalender“ der Kölner Presse zu entnehmen sind, würde ich sehr begrüßen, zumal damit keinerlei Unkosten verbunden sind.

Leider sind z. Z. unter den 1450 bereits im Selbstschutz ehrenamtlich tätigen Kölnerinnen und Kölnern nur wenige städtische Verwaltungsangehörige. Mit einem stärkeren Einsatz könnten wir unserer Bevölkerung den Beweis vorbildlicher Hilfsbereitschaft geben!

Es würde mich daher mit besonderer Genugtuung erfüllen, wenn mir die Ortsstelle alsbald einen guten Erfolg meines Appells mitteilen könnte.

HESSEN

22 Jahre im Dienste des RLB und BLSV

Am 30. Juni 1962 schied wegen Erreichung der Altersgrenze Bezirksstellenleiter Rudolf Schaefer (Bezirksstelle Kassel) als hauptamtlich Bediensteter aus dem Bundesluftschutzverband aus.

Bereits am 1. September 1933 trat Rudolf Schaefer als Werbeleiter hauptamtlich in den Dienst der RLB-Ortsgruppe Offenbach. Dort blieb er bis zu seiner Versetzung zur RLB-Bezirksgruppe Rheinland-Koblenz im August 1936. Vom 1. Mai 1939 bis Kriegsende war Herr Schaefer Bezirksgruppenführer von Rheinland-Koblenz, gleichzeitig war er mit der Führung der Bezirksgruppe Trier beauftragt. Der Ausgang des Krieges und die Auflösung des RLB setzten seiner langjährigen und segensreichen Tätigkeit im Dienste am Mitmenschen ein vorläufiges Ende.

Im Jahre 1953 stellte sich Rudolf Schaefer ehrenamtlich zum Aufbau des BLSV zur Verfügung und übernahm kurz darauf die Leitung der BLSV-Bezirksstelle Kassel.

Durch seine kameradschaftliche Art, seine Gewissenhaftigkeit und seinen Fleiß war Schaefer seinen Mitarbeitern und den Helfern im Bereich der Bezirksstelle Kassel stets Vorbild und Ansporn, und es wird schwer sein, die Lücke zu schließen, die durch sein Ausscheiden entstanden ist. Wie nicht anders zu erwarten, wird er sich jedoch auch weiterhin für eine ehrenamtliche Tätigkeit zur Verfügung stellen, so daß seine Erfahrung und sein Können dem BLSV nicht verloren sein werden.

Die Landesstelle Hessen dankt Rudolf Schaefer auch auf diesem Wege noch einmal herzlichst für seinen unermüdlichen Einsatz und hofft auf eine weitere, lange Zusammenarbeit im Dienste des zivilen Bevölkerungsschutzes.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Arbeitstagung der Sachbearbeiter VI von vier Landesstellen in Bühl/Baden

Die Bundeshauptstelle hatte die Sachbearbeiter VI der LSHD-Orte aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg zu einer Arbeitstagung nach Bühl/Baden eingeladen. Unter der Leitung des Herrn Ltd. Reg. Dir. Fritze wurde Rückschau und Vorschau gehalten.

Der Übergang vom „eingetragenen Verein“ zur „bundesunmittelbaren Körperschaft des öffentlichen Rechts“ hat den Bundesluftschutzverband vor neue Probleme gestellt, deren Bewältigung mit fester Hand angepackt werden. Schwerpunkt aller Arbeit ist und bleibt der Selbstschutz. Ein gewisser Fortschritt in der Erfüllung der Aufgaben wurde erreicht, doch werden gerade dem Sachbearbeiter für Werbung und Aufklärung immer neue Aufträge zufallen. Nur im Dreiklang von Werbung und Aufklärung — Organisation — Ausbildung wird der „Selbstschutz“ schlagkräftig aufgebaut werden können.

Die neuen in Vorbereitung befindlichen Gesetze werden manche Erleichterung für die Arbeit des Bundesluftschutzverbandes bringen, sie werden aber auch einen ver-

stärkten Einsatz der Helferschaft des BLSV verlangen.

Referate über neue Werbemaßnahmen, Durchführung von Selbstschutzwochen und über Rednerschulung wurden gründlich diskutiert, so daß die Teilnehmer mit neuen Impulsen an ihre Arbeit gehen konnten.

Der Selbstschutzzug von Mühlacker im Festzug der Feuerwehr

Anlässlich des 100jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr in Mühlacker nahm auch ein Selbstschutzzug des BLSV am Festzug teil. Sein ihm zugeteilter Platz am Ende des langen Zuges versinnbildlichte deutlich die Entwicklung des Brandschutzes im Laufe der Zeiten.

Zum ersten Mal trat damit der Selbstschutzzug Mühlacker öffentlich in Erscheinung. Er hinterließ bei der Bevölkerung einen ausgezeichneten Eindruck und wurde von den Zuschauern oft mit Beifall bedacht. Die Angehörigen des Se-Zuges haben durch ihr diszipliniertes Verhalten einen guten Werbeeffekt errungen. Dieser wird dazu beitragen, den Gedanken eines notwendigen Selbstschutzes in Stadt und Land zu fördern.

Von der örtlichen Presse wurde die Beteiligung der BLSV-Ortsstelle Mühlacker besonders gewürdigt.

Die Zeitschrift „Ziviler Luftschutz“, Koblenz, brachte in ihrer Juli/August-Ausgabe:

Zur Lage: Abschied vom strategischen Großbomber?

Hampe: Mahnruf und Warnzeichen bei Katastrophen

Nüßler: Konsequenzen in führungsmäßiger Hinsicht aus Erfahrungen im Katastrophenfalle

Fischler: Die Flutkatastrophe und das Bundesleistungsgesetz

Eichstädt: Notwendigkeit und Wesen der zivilen Notstandsplanung

Kirchner: Einführung zur allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Ausbildung des Luftschutzhilfsdienstes

Boettcher: Die Notstandsplanung in der zentralen öffentlichen Trinkwasserversorgung

Weiler: Transportable Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen im Hamburger Katastrophengebiet

Boysen: Sicherung der fernmeldetechnischen Einrichtungen für den Luftschutzfall (Schluß)

Haep: Anschluß von Betrieben an den Luftschutzwarndienst

Schmidt: Sind Schutzmasken für die Bevölkerung im Atomzeitalter noch notwendig?

Scheichl: Nichtschädigende chemische Kampfstoffe

Walter: Über die Ausbildung von Sohlplatten bei Schutzbunkern

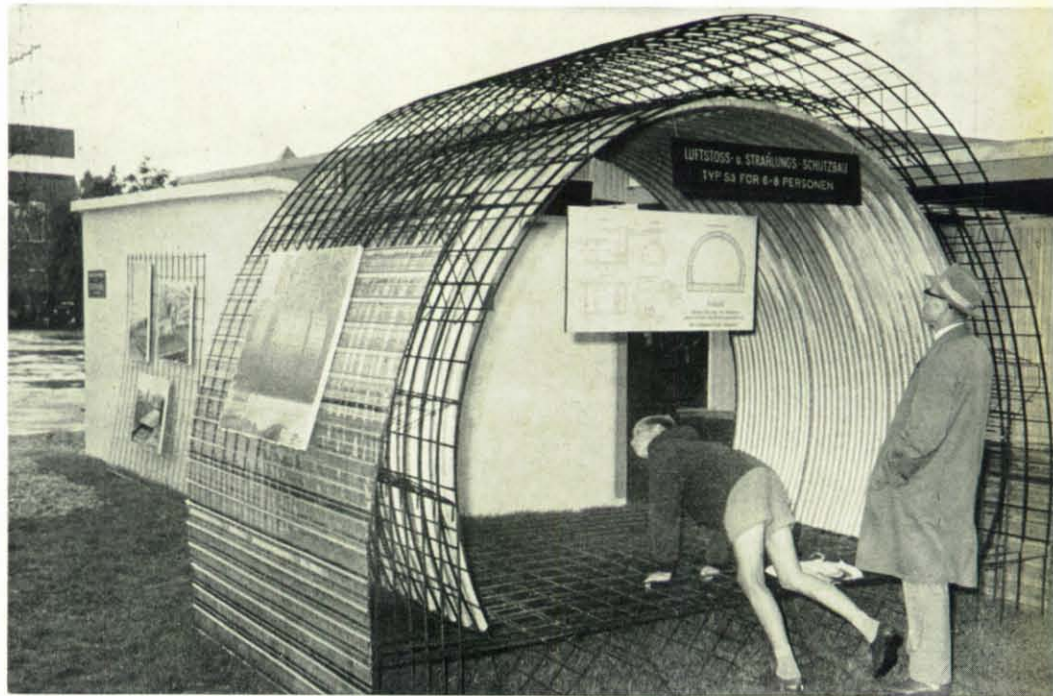
Persönliches / Luftkrieg und Landesverteidigung / Aktueller Rundblick / Patent-schau / Schrifttum



Strahlen im Dienste der Technik: Werkstücke der Metallwarenfabrik COMET in Mecheln (Belgien) werden vor ihrer Auslieferung mit Röntgenapparaten genau auf Fehler untersucht.

Modell eines Luftstoß- und Strahlungsschutzbaues, das auf der Ausstellung „Fertigbau in Theorie und Praxis“ im Dortmunder Westfalenpark den Besuchern gezeigt wurde.

ZB im Bild

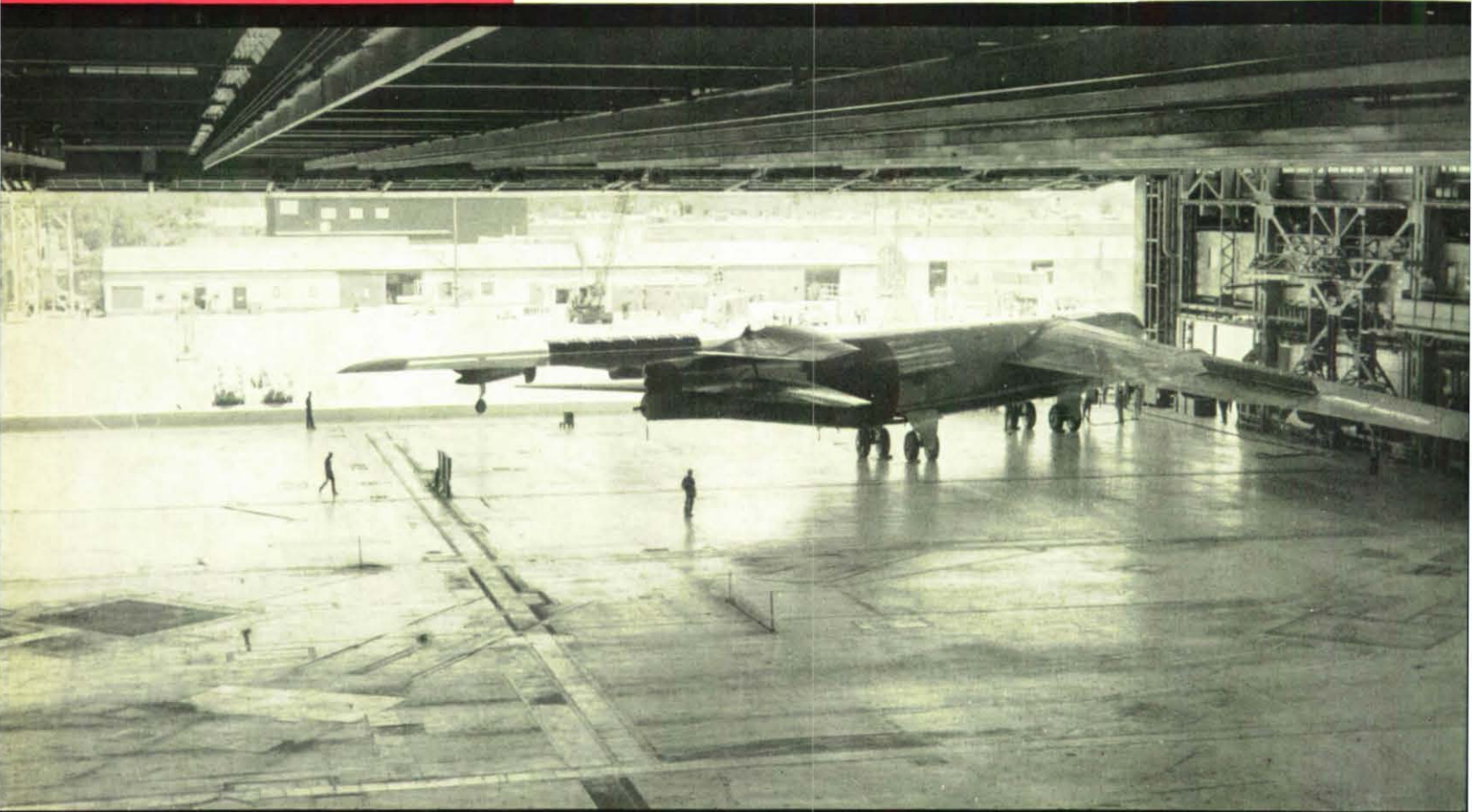


Die Ortsstelle Landau des Bundesluftschutzverbandes hat „Selbstbedienungskästen“ für Aufklärungsschriften herstellen und an öffentlichen Stellen der Stadt aufhängen lassen.

ZB in Bild



Mit Überschallgeschwindigkeit schießt diese von der amerikanischen Luftwaffe entwickelte „Steppenhund“-Rakete (Hound Dog) dicht über der Wüste von Neumexiko ihrem Ziel entgegen. Die Rakete, die von einem Überschallbomber aus abgeschossen wird, hat eine Reichweite von mindestens 16 000 km. Sie ist in der Lage, Atomsprenghöpfe zu tragen.



Oben: Diese amerikanische B-52H, die hier nach der Fertigstellung erstmals vom Werk in einen Hangar rollte, ist für das strategische Bomberkommando der USA bestimmt. Rechts: Das Bild zeigt die im Bau befindliche Kanzel der Boeing 727, eines dreistrahligen Kurz- bis Mittelstreckenverkehrsflugzeuges. Mit der Indienststellung der Boeing 727 wird Ende 1963 gerechnet. Der erste Prototyp wird noch in diesem Jahr die Probeflüge aufnehmen.

